Donnerstag, den 14. Januar 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 11

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", kleine Groupenstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,46 Goldmark, monatlich 1,79 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Luthers zweiter Versuch.

Der Reichspräsident hat nach der Ablehnung der Großen Koalition wieder den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther mit der Regierungsbildung beauftragt. Der demokratische Kanzlerkandidat Koch ist also dadurch ausgeschaltet worden; daß er sich trotz unseren Warnungen persönlich auf die Große Koalition festgelegt und sich in Sorge um beiderseitige Deckung durch Stärkere das Zauberkunststück zugetraut hatte, volksparteiliche Rechtskurs- und sozialdemokratische Linkskurs-Wünsche durch schöne Worte „auszugleichen".

Während Dr. Luther bei seiner ersten Kabinettsbildung mit den Deutschnationalen ganz besonders stolz darauf war, eine parlamentarische Mehrheitsregierung zustandegebracht zu haben, erklärte er diesmal in Anpassung an die Haltung der Parteien, daß ihm kein Ziel ferner läge als dieses. Er wolle nur mit der Minderheit der Mittelparteien regieren und sich von den Parteien außerhalb der Regierung möglichst unabhängig halten. Praktisch ist das zweifellos unmöglich, da Luther ein Ermächtigungsgesetz nicht erhalten wird, Verordnungen nach Artikel 48 von der Reichstagsmehrheit aufgehoben werden können und für normale Reichsgesetze eine Mehrheit immer noch nötig ist. Offenbar will Luther also nur andeuten, daß er sich für die Anlehnung nach rechts oder links nicht ein für allemal entscheiden will. Die nach rechts liegt ihm persönlich sicher näher; aber dafür kann er die Demokraten und vernünftigeren Zentrumsleute nach der deutschnationalen Locarno-Sabotage nicht haben. Selbst in der Volkspartei gibt es einige Widerstände dagegen infolge neuer scharfer Preßhetze des deutschnationalen Zeitungskönigs Hugenberg gegen Stresemann. Links aber wird Luther die gewünschte Unterstützung nicht finden, wenn er sich nicht zur Annahme der sozialdemokratischen Mindestforderungen bereit findet, woran wohl niemand glaubt. So wird Luther höchstens eine schwache Regierung zustande bringen, eine viel schwächere als sein erstes Kabinett. Denn die schwierige Lage im Parlament spiegelt ja auch die Not und Unruhe im Volk wieder, die die Folge der verkehrten Wirtschaftspolitik der ersten Luther-Regierung war.

Ein Glück, daß die stärkste Partei der Republik, die Sozialdemokratie, sich wenigstens jetzt nicht in Halbheiten einer Koalition verbraucht, sondern die Möglichkeiten klarer radikaler Lösungen abwartet, zu denen sie selbst jederzeit bereit ist.

Das Zentrum hat Bedenken.

Zu der Regierungsbildung Luther schreibt heute morgen die „Germania": „Luthers Plan ist die Bildung eines neutralen Kabinetts. Die Bezeichnung ist etwas ungewöhnlich. Aber Luther hat sie wohl gewählt, um deutlich seine Absichten zu kennzeichnen. Es liegt in seinem Plane, eine parlamentarische Regierung zu bilden, die weder nach rechts noch nach links bestimmte Bindungen eingeht. Parlamentarisch soll sie sich stützen auf Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei. Luther hat in den gestrigen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, daß es ihm völlig fern läge, etwa eine verschleierte Rechtsregierung zu bilden (!). Er will möglichst unabhängig von allen Parteien sein, die nicht direkt an der Regierung beteiligt sind .. Das Zentrum hat gestern dem Reichskanzler keine endgültige Zusage gegeben ... Die Fraktion ist auch gestern abend zu keinem endgültigen Ja gekommen. Die Verhandlungen waren durchsetzt von starken Zweifeln, ob die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung des Zentrums an der Regierung geschaffen werden können. Die Frage, ob das Zentrum sich überhaupt an der Regierung Luther beteiligen wird, ist noch keineswegs mit der Sicherheit entschieden, die die Rechtsblätter nach alter Gewohnheit annehmen."

Die Demokraten wollen es mit Luther versuchen, die Wirtschaftspartei nicht.

Von demokratischer Seite wird mitgeteilt: Die Demokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwoch abend den Bericht des Parteivorsitzenden Koch über seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten entgegen. Die Fraktion stellte sich nach eingehender Debatte einmütig auf den Standpunkt, daß die Demokraten sich nach dem „Versagen" der Sozialdemokraten an dem Kabinett der Mitte beteiligen müssen. Es wurde in der Fraktionssitzung weiter gefordert, daß die Regierung Luther eine klare Stellung zur Fürstenabfindung einnehmen müsse.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung wurden die Abgeordneten Dr. Bredt und Drewitz von Dr. Luther empfangen. Die Wirtschaftliche Vereinigung lehnte die Aufforderung, in das Kabinett einzutreten, wegen des Gesetzes über den Preisabbau nach dem scharfen Widerspruch des Handwerks gegen dieses Gesetz ab. Die Partei will sich wahrscheinlich dem neuen Kabinett gegenüber neutral und abwartend verhalten.

Ministerkandidaten.

In der bürgerlichen Presse Berlins tauchen bereits verschiedene Namen für das neue Kabinett auf. So soll der Zentrumsführer Marx das Reichsjustizministerium in Verbindung mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete übernehmen und der Führer der Demokraten, Dr. Koch, wieder Reichsinnenminister werden. Die „Tägliche Rundschau" nennt für das Wirtschaftsministerium den den Industriellen nahestehenden Zentrumsabgeordneten Lammers, für das Reichsernährungsministerium den volksparteilichen Landbundführer Hepp.

Zwei Fememörder verhaftet.

Hamburg, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund des Fahndungsschreibens des Berliner Polizeipräsidiums konnte in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch einer der gesuchten Täter und Mitwisser bei den Fememorden ermittelt und festgenommen werden. Es handelt sich um den ehemaligen Oberfeldwebel Hermann Voß, der, wie die Polizei angenommen hat, auf einen anderen Namen reiste. Die Hamburger Kriminalpolizei hat noch eine zweite Verhaftung in diesem Zusammenhang vorgenommen. Der Verhaftete, dessen Person noch nicht feststeht, ist ebenfalls dringend verdächtig, an den Fememorden beteiligt zu sein.

* * *

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände teilt unter Bezugnahme auf die Erklärung des Polizeipräsidiums Berlin, über die Gewährung eines Darlehens durch die Vereinigung mit dem Zwecke der Unterstützung des verhafteten Oberleutnants a. D. Schulz, mit, daß bereits vor Veröffentlichung der Mitteilung des Polizeipräsidiums ein Untersuchungsausschuß hierüber von ihr eingesetzt worden ist. Die Vereinigung werde selbstverständlich die aus dem Ergebnis der Untersuchung sich ergebenden Konsequenzen ohne Ansehen der Person ziehen.

Ein Ostausschuß auch im Reichstag.

Der Arbeitsplan des Reichsparlaments.

Der Aeltestenrat des Reichstags, der am Mittwoch den Geschäftsplan für die nächste Zeit festlegte, einigte sich dahin, daß am Donnerstag die Novelle zum Knappschaftsgesetz und am Freitag die Anträge zur Behebung der Hochwasserschäden beraten werden sollen. Sonnabend, Montag und Dienstag werden sitzungsfrei bleiben, um der neuen Regierung die Vorbereitung der Regierungserklärung, die wenn irgend möglich, am Mittwoch abgegeben werden soll, zu ermöglichen. Dann wird die erste Lesung des Etats beginnen.

Die Mitglieder des Aeltestenausschusses machten außerdem den Vorschlag, zwei neue interfraktionelle Ausschüsse einzusetzen, den einen für Ostfragen, den anderen für alle Fragen, die mit der Pflege der Leibesübungen zusammenhängen. Ende der kommenden Woche sollen auch die Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Fememorde zur Verhandlung kommen.

Auch die unehelichen Fürstenkinder wollen Alimente — vom Steuerzahler!

Wie die „Vossische Zeitung" aus Mecklenburg-Schwerin" zu berichten weiß, ist dort eine Aufwertungsbewegung unehelicher Kinder von Agnaten des großherzoglichen Hauses gegen den Staat in vollem Gange. Man hoffe auch hier nach der 63prozentigen Aufwertung für den früheren Großherzog auf ein günstiges Ergebnis. Vorläufig habe man die vom Staat zu zahlenden Apanagen teilweise gepfändet und der Staat zahle die Beträge, um der üblichen Streiterei entrückt zu sein, an die Gerichtskasse. Das Blatt fügt hinzu, daß die stramm monarchische Gesinnung der vaterländischen Kreise Mecklenburg-Schwerins durch diese Vorgänge nicht im geringsten gemindert werde. In eine peinliche Lage komme allerdings die deutschnationale Regierung, die ihre bisherige Politik der offenen Hand nicht mehr durchführen könne, da man einfach nicht mehr wisse, woher das Geld nehmen.

Kritiker der Diktatur fliegen in Ungarn in den Kerker.

Budapest, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Peyer wurde am Mittwoch wegen Beleidigung des Reichsverwesers zu sechs Monaten Gefängnis, 10 Millionen Kronen Geldstrafe, drei Jahre Amtsverlust und Suspendierung seiner politischen Rechte verurteilt. Die Beleidigung erblickte das Gericht in einer Aeußerung Peyers bei einer politischen Veranstaltung, wo er dem Reichsverweser den Vorwurf machte, politischen Verbrechern, in letzter Konsequenz durch Gewährung von Amnestie Straflosigkeit zugesichert zu haben. Genosse Peyer hat sofort Berufung eingelegt.

Das Versagen der bürgerlichen Politik in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Oesterreich befindet sich wieder einmal inmitten einer Regierungskrise. Zum dritten Male haben Unstimmigkeiten im Schoße der christlichsozialen Partei eine Umbildung des Kabinetts notwendig gemacht. Monatelang bestanden bereits tiefgehende Differenzen, ohne daß diese in der Oeffentlichkeit zugegeben wurden. Die Zusammensetzung der großen Regierungspartei ist eben sozial sehr bunt. Ohne ein besonderes Zutun der politischen Parteien hat sich in Oesterreich eine deutsche Tendenz herausgebildet, die zu der Einführung eines ausgesprochenen Zweiparteiensystems drängt. Die Sozialdemokratie konnte mit dieser Entwicklung vollauf zufrieden sein, denn sie zwang die bürgerlichen Politiker, ihren Klassencharakter aufzudecken. Entgegen den Parteienverhältnissen im Deutschen Reiche, wo eine Verwischung und Verschleierung der wahren Ziele der bürgerlichen Politik immerhin noch möglich ist, hat das parteipolitische Zweifrontensystem alle Eigenschaften und Ziele des Bürgertums in Oesterreich bloßgestellt. Die dritte „Großdeutsche" Partei, der jämmerliche Ueberrest der früheren Deutschnationalen und Liberalen, geriet dabei völlig ins Schlepptau der großen christlichsozialen Koalitionspartei. Heute stehen alle Bürgerlichen in sämtlichen Fragen des öffentlichen Lebens zusammen, sie ergänzen sich gegenseitig, wenn auch ihre mannigfaltige soziale Schichtung ihre Tätigkeit beträchtlich hemmt. Die Arbeiterfeindlichkeit, die in ihren politischen Handlungen zum Ausdruck kommt, ist aber nicht eine Folge der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft, sondern nur der sinnfällige Ausdruck dafür, daß Christlichsoziale wie Großdeutsche vollkommen in die Abhängigkeit vom Großkapital geraten sind. Dieses österreichische Großkapital aber läßt seine Interessen durch die großen Organisationen der Industrie, des Handels, der Arbeitgeber, des Gewerbes und der Banken vertreten und die bürgerlichen Parteien, in ihrem Bestreben, sich an einen wirklich Mächtigen anzulehnen, gehorchen den Sekretären dieser Organisationen aufs Wort. Die beiden bürgerlichen Parteien fühlen selbst, daß sie keine Macht darstellen, denn sie vereinigen Männer der Kirche, Bauern, Kaufleute, Gewerbetreibende, Beamte, Industrielle neben Arbeitern in ihren Reihen. Sie wollen sozial-fortschrittlich sein, um die Wähler, die von der Arbeit leben, zufriedenzustellen, dabei unterliegen sie den wirtschaftlichen Gegensätzen zwischen Stadt und Land, die infolge der Eigenarten der Bundesverfassung auch noch politisch zum Ausdruck kommt. Endlich entzweit sie alle insgesamt die große Kluft zwischen schwarzgelben Monarchisten, deutschnationalen Monarchisten und Republikanern, die auch wieder in waschechte und schillernde zerfallen. Unter diesen Umständen ist es auf den ersten Blick zu verstehen, daß diese politische Betätigung des Bürgertums nicht geeignet ist, den Staat nach klaren, zielbewußten Plänen zu regieren, daß die bürgerlichen Parteien sich gegenüber dem geschlossenen sozialdemokratischen Block der Arbeiterschaft, der hier keine Spaltungen kennt, immer in einer verzweifelten Abwehrstellung befinden.

Die bürgerliche Politik, die im Schatten eines von ausländischen Finanzkapitalisten diktierten Genfer Sanierungsabkommens bisher immerhin noch einen einheitlichen Zug vorzutäuschen in der Lage war, muß jetzt vollständig versagen, da es sich darum handelt, den wirtschaftlichen Aufbau des Landes in die Wege zu leiten. Nicht weniger als drei Wirtschaftsprogramme sind den Gehirnen des Bürgertums entsprungen, aber jedes von ihnen zeigt deutlich die Spuren seiner Herkunft. Die Steirer verschleiern die Wünsche der steirischen Großindustrie, die Oberösterreicher bringen die Forderungen des mittelgroßen Bauerntums zum Ausdruck und die Wiener wanken zwischen ihren Versprechungen an den noch immer durch den Mieterschutz gebundenen Hausbesitz und jenen an ihre Wähler aus dem Gewerbe und aus der Beamtenschaft. Die Großdeutschen endlich haben drei Scheffel voll Abänderungsanträgen bereitgestellt, mit denen sich niemand befaßt, da diese Partei ja nur von der Gnade des christlichsozialen Führers Dr. Seipel lebt. Eine Einigung zu erzielen, die mehr ist als ein papierenes Kompromiß, ist nicht mehr möglich, ob wieder Herr Ramek als Bundeskanzler bleibt oder ob eine andere Gruppe dadurch an die Spitze der bürgerlichen Koalition tritt, daß man ihr nebst inhaltsleeren Konzessionen auch noch die Bürde der Führung aufhalst.

Der Weg, der den Vertretern der Arbeiterschaft nach dem völligen Versagen der bürgerlichen Politik vorgezeichnet ist, ist ganz klar ersichtlich. Es kann keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokraten jetzt, nachdem der Karren verfahren ist, in die Regierung eintreten. Die Frivolität des Moraltheologen Seipel hat in der Stunde der äußersten wirtschaftlichen Erschöpfung der Massen die Frage des Mieterschutzes und der Mietzinserhöhung aufs Tapet gebracht. Jetzt soll noch zu aller anderen Not die Hausherrnrente wiederhergestellt werden. Von ernsten Wirtschaftsverhandlungen kann überhaupt keine Rede sein, wenn ein so antisoziales Gesetz jetzt, da jeder sechste Erwerbsfähige im Lande arbeitslos ist, gemacht werden soll. Die Partei der Arbeiterschaft rüstet sich bereits zu den Neuwahlen.

Niemand kann der österreichischen Sozialdemokratie Mangel an Willen zur Mitarbeit und demokratischer Zurückhaltung vorwerfen. Nicht selten mußte sie den aufschäumenden Zorn der leidenden Volksmassen abdämmen, wenn die herrschenden bürgerlichen Parteien ihn zu zerstörender Kraft aufgepeitscht hatten. Noch inmitten der jetzigen Krise hat der Parteivorstand der Regierung ein umfangreiches Wirtschaftsprogramm übergeben, das mit dem Programm der steirischen Gruppe der Christlichsozialen übrigens einige Berührungspunkte enthält. Deshalb aber ist die Lage noch nicht koalitionsreif, denn die Mehrheit des Bürgertums lehnt ja doch die sozialistischen Vorschläge wieder ab. Wer nur seine nächsten Interessen im Auge hat, ist eben unbelehrbar, auch durch die greifbaren Mißerfolge der bürgerlichen Politik seit 1922. Also bleibt in einem demokratischen Staatswesen nichts anderes übrig, das sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm den Wählern zur Beurteilung vorzulegen. Sie werden es diesmal besser treffen, als im Jahre 1924.

Die Wohnungsfrage im Landtag

Der Preußische Landtag mußte sich am Mittwoch mit einer reichlich überflüssigen Großen Anfrage der Deutschnationalen über die Gültigkeit eines Erlasses des Kultusministeriums vom 11. Februar 1925 zur Auflösung der Lehrerseminare befassen. Bekanntlich besorgte damals Otto Braun neben seiner Tätigkeit als Ministerpräsident auch die Geschäfte des Kultusministeriums und die Deutschnationalen warfen die Frage auf, ob er zur Herausgabe des Erlasses berechtigt gewesen sei. Die zuständigen Ausschüsse forderten, die Große Anfrage der Deutschnationalen für erledigt zu erklären und ihren Antrag zur Umgrenzung der Tätigkeit des Geschäftsministeriums abzulehnen.

Abg. Leinert (Soz.) erklärt, daß im Verfassungsausschuß der fragliche Erlaß als dringlich bezeichnet und unter die „laufenden Geschäfte" gerechnet worden sei. Auch die Deutsche Volkspartei habe sich dort dieser Auffassung angeschlossen. Um so verwunderlicher sei es daher, daß sie sich im Plenum jetzt bei der Abstimmung über die Ausschußanträge der Stimme enthalten wolle. Eine objektive Festlegung des Begriffes „laufende Geschäfte" werde sich unter den Parteien nie erzielen lassen. Die Verfassung werde, soweit sie das Staatsministerium betrifft, zuerst vom Staatsministerium selbst ausgelegt. Wenn der Landtag aber glaube, daß die Verfassung verletzt worden sei, dann müsse er bei dem Staatsgerichtshof gegen das Staatsministerium Klage erheben.

Mit den Stimmen der Linken und des Zentrums tritt das Haus den Ausschußbeschlüssen bei.

Dann gibt es wieder einmal eine Welfendebatte. Zur Beratung steht ein Antrag der Deutsch-Hannoveraner, in dem erklärt wird, daß wohl die Ueberwachungsakten der Sozialdemokratischen Partei bei der Revolution im Jahre 1918 im Innenministerium beseitigt und aufgehoben worden sei, nicht aber die Akten der Deutsch-Hannoverschen Partei.

Abg. Biester (D.-Hann.) trägt Beschwerden der Welfen gegen den Innenminister Severing vor, der ebenso wie der Oberpräsident Noske mit allen möglichen Mitteln wie Beamtenbeeinflussung und dergleichen gegen die Welfen vorgehe.

Abg. Leinert (Soz.): Wir haben durchaus nichts gegen die Veröffentlichung der Akten über die Verfolgung der Welfen durch das alte Regime in Preußen. In der Verurteilung der gehässigen Bekämpfung der Welfen in der Vorkriegszeit sind die Sozialdemokraten mit den Deutsch-Hannoveranern einig. Wenn aber schon veröffentlicht werden soll, dann muß gleich ganze Arbeit getan werden. Dann müssen auch die Akten veröffentlicht werden, die die welfische Partei in Hannover über die Sozialdemokraten und Kommunisten angelegt hat. Ebenso sind wir für die Veröffentlichung der Akten über die Verfolgung aller freiheitlichen Bestrebungen im Königreich Hannover. Die Abstimmungsexperimente waren für die Welfen mehr als kläglich. Mit der Welfenpartei ist es aus. Die Akten können geschlossen und veröffentlicht werden. Das wird nur den republikanischen Parteien Nutzen bringen, für die Welfenpartei wird sie die Einsargung bedeuten.

In der Abstimmung wird der Antrag der Deutsch-Hannoveraner abgelehnt.

In einer kurzen Unterbrechung der Welfendebatte wiederholt das Haus die vor den Weihnachtsferien durch Obstruktion der Deutschnationalen verhinderte namentliche Abstimmung über die Neuregelung der Abgabe der preußischen Stimmen im Reichsrat. Die Ausschußfassung des Gesetzentwurfs, über welche abgestimmt wird, bestimmt, daß die Vorschläge über die Stimmabgabe im Reichsrat zwischen den gewählten und bestellten Reichsratsmitgliedern vorberaten werden. Die Entscheidung erfolgt durch Mehrheitsbeschluß. In den Ausschüssen des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens. In den Vollsitzungen des Reichsrats werden die Stimmen Preußens gemäß der Entscheidung der Vorberatung einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied abgegeben. Jedem gewählten Mitglied steht dabei das Recht zu, seine von dem Beschluß der Vorberatung abweichende Stellungnahme bekanntzugeben. Die Ausschußfassung wird mit 211 gegen 176 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Deutsche Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten, Wirtschaftspartei und Kommunisten, dagegen die Deutschnationalen, das Zentrum, die Völkischen und die Deutsch-Hannoveraner. Dann ging das Haus noch an die Beratung des Berichts des Ausschusses für das Wohnungs- und Heilstättenwesen, der eine Reihe von bedeutungsvollen Anträgen zur Förderung des Wohnungsbaus umfaßt.

Abg. Lüdemann (Soz.)

begrüßt, daß der Ausschuß ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt hat und bedauert, daß dieses Programm nicht von der Regierung selbst ausgearbeitet wurde. Wir hoffen, daß das Programm unverändert angenommen wird, zumal es nur ein Mindestprogramm darstellt. Sein Ziel: die Erbauung von rund 100 000 Wohnungen, umfaßt nicht mehr, als in der Friedenszeit alljährlich in Preußen gebaut wurde. Gemeinden und Landkreise und Staat müssen verpflichtet werden, Baugelände zu billigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hauptsache ist, daß die Mittel für den Wohnungsbau rechtzeitig bereitgestellt werden, damit die Bauarbeiten auf das ganze Jahr gleichmäßig verteilt und die Bereitstellung der Baustoffe rechtzeitig erfolgen kann.

Die Tatsache, daß die Mittel für den Wohnungsbau zum großen Teil aus der Hauszinssteuer genommen werden, schafft die Möglichkeit, auf die Verwendung normierter Baustoffe im Interesse der Verbilligung des Bauens besonders einzuwirken. Die Staatsregierung hat die Pflicht, bei der Hergabe der Mittel in dieser Richtung zu wirken und deshalb vor allem die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften zu berücksichtigen. Gegenüber der viel zu fiskalischen Einstellung der Regierung betonen wir nachdrücklich, daß die Hauszinssteuer eine Zwecksteuer ist; sie ist geschaffen für die Förderung der Wohnungswirtschaft, und wir appellieren dringend an die Regierung, das Wohnungsbauprogramm nicht als Nebensächlichkeit beiseite zu stellen. Schließlich weiß alle Welt, wie ungeheuer wichtig die planmäßige Förderung des Wohnungsbaues gerade für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Wir erwarten deshalb von der Regierung und vom Landtag in der Wohnungsbaufrage rasche und gründliche Arbeit. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Sonnenschein (Dnat.) spricht für Abschaffung der Höchstmieten, die die Hausbesitzer selbst besser festsetzen würden. Den Ausschußbeschlüssen tritt er aber bei, ebenso wie die anderen bürgerlichen Redner, die nichts Neues sagen.

Weiterberatung Donnerstag.

Bergarbeiterfragen im Reichstag.

Im Reichstage erfolgte gestern die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über die Abänderung des Reichsknappschaftsgesetzes.

Abg. Janschek (Soz.)

wendet sich scharf gegen die Vorlage, die die Rechte, die das Reichsknappschaftsgesetz den Bergarbeitern gebracht habe, ganz erheblich verkürze. Das Reichsknappschaftsgesetz soll die Bergarbeiter vor der Not schützen. Dabei ist festgestellt, daß die Durchführung seiner Leistungen von den Unternehmern sabotiert wird. Ganz besonders ist das der Fall bei der Familienbeihilfe, und hierbei kann man dem Reichsarbeitsministerium den Vorwurf nicht ersparen, daß es das Treiben der Unternehmer noch unterstützt. Eine ganze Reihe von Gemeinden berichten über die außerordentlich ungünstige gesundheitliche Lage der Bergarbeiter und deren Familien. Es wird in den Berichten Unterernährung und Erschwerung der ärztlichen Hilfe festgestellt. Durch die Knappschaftsgesetzgebung sollte verhütet werden, daß die Bergarbeiter der Willkür mancher Aerzte ausgesetzt sind. Für die Beeinflussung der Bergarbeiter zugunsten der Unternehmer und für die Herausgabe gewisser Bergzeitungen ist Geld genug da, nur wenn eine Erhöhung der sozialen Leistungen gefordert wird, fehlt es daran. Gegen die Vernichtung der ungeborenen Kinder gibt es harte Strafbestimmungen, warum nicht für die Vernichtung der lebenden Menschen? Wäre es nicht besser, daß man die Menschen nicht erst zur Welt bringt, anstatt daß man sie später zugrunde gehen läßt?

Den geringen Verbesserungen des Reichsknappschafts-Gesetzes stehen in der Vorlage weitgehende Verschlechterungen besonders auf dem Gebiete der Pensionsversicherung gegenüber, besonders bei den Altpensionären. In der Begründung des Gesetzentwurfes wird gesagt, daß im ersten Jahre über 28 000 Bergleute die Alterspension erlangt hätten. In Wirklichkeit handelt es sich hier nicht um Alterspensionäre, zwei Drittel von ihnen sind eigentlich Invalidenpensionäre. Bei einer eingehenden Untersuchung würde man das einwandfrei feststellen können. Der Bergarbeiter muß auch noch als Invalide arbeiten, weil er sich nicht so viel gespart hat, um ohne Nebenarbeit auskommen zu können. Es geht ihm eben anders als den pensionierten höheren Beamten, die trotz ihrer Pension aber auch noch hohen Nebenerwerb finden.

Die Sozialdemokratie hält an der Alterspension fest, weil der Begriff einer Berufsunfähigkeit zu auslegungsfähig ist. Die Arbeiter haben ein Recht, zu verlangen, daß sie, wenn sie die notwendige Zeit in ihrem Berufe tätig gewesen sind, auch in den Genuß der Renten kommen. Wir verlangen, daß die Arbeitervertreter einen größeren Einfluß erhalten, damit ihre Wünsche auf Mehrleistungen der Versicherung durchgesetzt werden können, auch wenn die Unternehmervertreter dagegen sind. Daß die verschiedenen Pensionsleistungen zusammengenommen den Arbeitsverdienst übersteigen können, ist bei den augenblicklichen schlechten Lohnverhältnissen nicht schlimm. Immerhin ist hier eine Aenderung möglich. Wir verlangen, daß die Leistungen für das ganze Reich einheitlich festgesetzt werden. Wir werden versuchen, das Reichsknappschaftsgesetz so umzugestalten, daß es den Interessen der Bergarbeiter entspricht. (Beifall links.)

Abg. Imbusch (Ztr.) verlangt gleichfalls die Wiedereinführung der Familienhilfe, deren Abbau selbst aus finanziellen Gründen nicht notwendig gewesen sei. Den Versicherten muß ein größerer Einfluß auf die Verwaltung gewährt werden. Es sei auch notwendig, daß eine Vereinheitlichung inbezug auf die Höhe der Beiträge und Leistungen in den verschiedenen Revieren durchgeführt wird: Wenn gespart werden muß, dann darf nicht an den Menschen gespart werden, deshalb darf man die sozialen Leistungen nicht herabdrücken. Man hat die Lasten der Knappschaften künstlich erhöht, um das Gesetz sabotieren zu können. In Zeiten schwerster wirtschaftlicher Not hat man Krankenhäuser gebaut, um sie als Rentenquetschen zu benutzen, aber für den Wohnungsbau hat man kein Geld übrig. Wenn man sich die Zahl der Beamten der Knappschaft und ihre Verteilung auf die Besoldungsgruppen ansieht, dann findet man gleich, wo gespart werden könnte. Man kann nicht behaupten, daß die Renten der Bergarbeiter zu hoch sind, wenn man sie beispielsweise im Ruhrbezirk mit denen der Gemeindearbeiter des Bezirks vergleicht. Das durchschnittliche Lebensalter der Bergleute bei dem Eintritt der wirklichen Invalidität ist niedriger als bei allen anderen Arbeiterkategorien. Es ist also nicht wahr, daß den Bergarbeitern in zu frühem Lebensalter Altersrenten gewährt werden; die statistischen Zahlen beweisen das Gegenteil. (Beifall im Zentrum.)

Weiterberatung: Donnerstag.

Angestellte und Erwerbslosenfürsorge.

Der vom sozialen Reichstagsausschuß eingesetzte Unterausschuß zur Erörterung der Erwerbslosenfürsorge hat am Mittwoch seine Beratungen abgeschlossen. Er empfiehlt, die Regierungsvorlage über die Einbeziehung der Angestellten bis zu 6000 Mark Jahreseinkommen ohne jede weitere Ausschußberatung unverzüglich in allen drei Lesungen im Plenum des Reichstags zu verabschieden, damit die Unterstützungen noch im Januar zur Auszahlung kommen können.

Aus dem Reiche.

Bei der Reichswehr ist eine riesige Unterschlagung aufgedeckt worden. Ein Beamter der Heeresrechnungs- und Wirtschaftsstelle Lankwitz, Obersekretär Wilhelm Röthing, hat 100 000 Mark an Dienstgeldern durch falsche Bucheintragungen veruntreut.

Generalleutnant August Keim, der Begründer des Wehr- und Flottenvereins, einer der schärfsten Kriegshetzer der Vorkriegszeit, ist gestorben. Die Rechtspresse widmet ihm, der auch als Führer des Alldeutschen Verbandes bekannt war, lange Nachrufe.

Ein Entwurf für ein neues preußisches Städtebaugesetz. Das preußische Wohlfahrtsministerium hat jetzt einen in Hilferdings Zeitschrift „Die Gesellschaft" besprochenen Entwurf für ein Städtebaugesetz aufgestellt. Durch ein solches Gesetz soll die Vergrößerung der Städte mehr als bisher in Einklang mit den hygienischen und ästhetischen Forderungen gebracht werden. Der Entwurf sieht daher zunächst vor, daß in stark wachsenden Gemeinden Flächenaufteilungspläne aufgestellt werden, durch welche die Verwendung der die Stadt umschließenden Flächen als Industrieflächen, Verkehrsflächen, als Parkanlagen, Sportplätze, Kleingartenland, landwirtschaftliches Nutzland usw. festgelegt wird. Außerdem soll die Bebauung der für Wohnzwecke bestimmten Gebiete wie bisher durch Bebauungspläne geregelt werden. Fluchtlinien, welche bisher nur für den Verkehr in Gestalt von zusammenhängenden Straßenzügen geschaffen worden waren, sollen jetzt auch für Park- und Gartenanlagen für Spiel- und Sportplätze usw. errichtet werden können. Das dazu nötige Gelände kann enteignet werden. Die Aufteilung des Geländes zwischen verschiedenen Gemeinden soll entweder durch von den beteiligten Gemeindebehörden zu billigende Flächenaufteilungs- und Bebauungspläne geregelt werden, oder die Aufteilung des Geländes erfolgt für verschiedene Gemeinden durch den Landkreis. Alle diese in dem Entwurf vorgesehenen Maßnahmen sind dringend zu wünschen. Aber von durchgreifendem Erfolg können sie nicht sein, denn eine in diesem Sinne geleitete städtische Bodenpolitik hat nur dann freie Hand, wenn es möglich ist, den Boden der Stadterweiterungsgebiete in öffentlichen Besitz überzuführen.

Eins.

Roman von Lawrence H. Desberry.

71 Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

„Also endlich hast auch du den Weg zu uns gefunden, Doktor", meinte sie und streckte Sommerville die schlanke weiße Hand entgegen. „Gefalle ich dir?"

Sommerville saß ihr mit gerunzelten Brauen gegenüber und sprach kein Wort.

Mariposa wurde dieses Schweigen allmählich unheimlich. „Sag doch etwas", drängte sie, „oder ist hier eine Totenfeier?"

„Mariposa?" fragte der junge Arzt in seltsamem Ton, „sind Sie ein Mensch?"

Das Mädchen blickte ihn betroffen an; dann stieg langsam eine glühende Röte in ihr Gesicht: „Ich war es einmal."

„Das genügt. Ich will Ihnen vertrauen. Sagen Sie mir, wer von den Leuten hier besitzt Mut und Entschlossenheit?"

Mariposa lachte: „Keiner. Die armen Teufel sind alle wie [illegible]. Weshalb wollen Sie das wissen?"

„Das kann ich Ihnen nicht erklären, aber es muß doch zumindest einen geben."

„Ja, aber weshalb wollen Sie es wissen?"

„Ich will dem Mann nichts Böses tun, Mariposa, im Gegenteil. Sie können mir ruhig seinen Namen nennen."

Mariposa betrachtete forschend das blasse Gesicht des jungen Mannes. Dann erwiderte sie: „Es gibt einen: Larry."

„Larry?"

„Ja, Lawrence Smith."

„Wann kam er her?"

„Vor einem Jahr."

„Und er ist doch nicht so geworden, wie die anderen? Sie wissen, was ich meine?"

„Ich weiß. Nein, Larry ist ein starker, gesunder Mensch."

„Ich muß mit ihm sprechen."

„Das geht nicht."

„Weshalb?"

„Weil er fort ist."

„Im Gefängnis?"

„Ja, seit einem Monat."

„Warum?"

„Er hat einen [illegible]."

„Wie lange muß er noch sitzen?"

„Zwei Monate."

Sommerville seufzte. „So lange kann ich nicht warten. Mariposa, wenn Sie ein Mensch auf seinem Totenbette um etwas bäte, würden Sie seine Bitte erfüllen?"

„Ja, Herr Sommerville," sagte das Mädchen ernst.

„Haben Sie Larry lieb?"

Mariposa nickte. „Er ist der einzige, der mich wie einen Menschen behandelt."

„Gut. Sie sollen ihm, wenn er frei wird, von mir eine Botschaft übergeben."

„Sie können ja dann selbst mit ihm sprechen, Herr Sommerville."

„Sagte ich Ihnen denn nicht, Kind, daß ein Mensch Sie auf seinem Totenbette um etwas bittet?"

Das Mädchen schaute ihn ängstlich und verwirrt an. „Herr Sommerville . . ."

Aber Sommerville beachtete ihre Worte nicht. Er stand auf, ging an seinen Schreibtisch, schloß die Lade auf und holte eine Schachtel hervor. Dann öffnete er die Schachtel und zeigte sie Mariposa.

„Sehen Sie dieses weiße Pulver?"

Sie nickte.

Sommerville reichte ihr nun eine kleine Spritze, ähnlich jenen, mit denen Morphiumspritzen gemacht werden.

„Dieses Pulver mit dem gekochten Wasser aufgelöst, Mariposa, ein Eßlöffel auf ein Wasserglas. Von dieser Lösung soll sich Larry täglich eine Spritze machen. Ich weiß ja nicht," fuhr er, mehr zu sich selbst als zu dem Mädchen sprechend, fort, „auf wie lange Zeit es nützt, aber auf ein Jahr bestimmt. Und in einem Jahr kann sich manches ereignen. Werden Sie es Larry ausrichten?"

„Ja," versprach das Mädchen.

„Es reicht nur für einen Menschen," erklärte der Arzt traurig. „Ich konnte nicht mehr herstellen, man nahm mir das Material weg."

Er verstummte und auch das Mädchen schwieg.

„Sagen Sie Larry, er solle genau auf alles achten, was geschieht. Ich hatte alles niedergeschrieben, einen genauen Bericht; aber dieser wurde bei der letzten Haussuchung gefunden und vernichtet. Noch eins: Larry soll versuchen, zwei bis drei Monate ins Gefängnis zu kommen."

Mariposa nickte unwillkürlich auf.

„Ins Gefängnis?" wiederholte sie verständnislos.

„Ja," erwiderte Sommerville [illegible]. „Das Gefängnis kann [illegible] Rettung bedeuten."

Abermals verstummte er. Mariposa steckte die Schachtel in ihre Tasche und blickte den Arzt unsicher an. Schließlich fragte sie schüchtern: „Soll ich jetzt gehen, Herr Sommerville?"

„Ja, Mariposa, ich danke Ihnen."

Das Mädchen erhob sich.

Unvermittelt fragte Sommerville: „Haben Sie schon Tote gesehen, Mariposa?"

„Ja, weshalb?"

„Haben Sie Angst vor Toten?"

„Es gibt nichts auf der Welt, vor dem ich Angst habe," entgegnete Mariposa hart.

„Dann will ich Sie noch um eines bitten. Der Gedanke, daß diese Flintenmänner, oder, was noch ärger ist, Ley und Benett mich anrühren, ekelt mich. Kommen Sie in einer halben Stunde wieder, Mariposa, und drücken Sie mir die Augen zu."

Das Mädchen schrie auf.

„Still!" sagte Sommerville ernst. „Ich bin am Ende meiner Kräfte. Es gibt für mich nur noch den einen Ausweg. Werden Sie kommen?"

„Ja."

Sommerville drückte dem Mädchen fest die Hand. „Danke."

Mariposa eilte zitternd aus der Hütte.

Als der Morgen anbrach, kehrte sie zurück. Sommerville lag reglos auf dem Sofa, neben sich eine kleine geleerte Flasche. Die toten Augen starrten zur Decke empor. Um den Mund lag ein Zug furchtbaren Hasses.

Die kleine Prostituierte drückte dem Toten die Augen zu. Dann schritt sie leise in den strahlenden Morgen hinaus. Goldener Sonnenschein überflutete mit verklärendem Licht die Hölleninsel.

Der Nordpol in Newyork.

Frau Delia Bright lag auf der Chaiselongue in ihrem Schlafzimmer und ruhte sich vor dem großen Diner aus, das Herr und Frau Bright ihrem Neffen zu Ehren am Abend geben wollten.

Die schöne Frau lag reglos da, mit geschlossenen Augen.

Nicht etwa, daß sie einen anstrengenden Tag hinter sich hatte; sie befolgte nur den Rat des neuesten Modearztes, jeden Tag eine Stunde vollkommen reglos zu liegen, dabei nicht zu lesen, ja nicht einmal zu denken. Diese Kur sollte die Gesichtsmuskeln entspannen. Dr. Swinnen riet auch seinen Patientinnen, diese Ruhestunden in einer schönen harmonischen Umgebung zu verbringen, weil dies wohltuend auf die Nerven wirke.

(Fortsetzung folgt.)

12 Arbeitermorde der „Befreier Münchens“ vor Gericht.

München, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch vormittag begann vor dem Schwurgericht München der Mordprozeß gegen die beiden ehemaligen Angehörigen des Freikorps Lützow, den Leutnant Pölzing und den Feldwebel Prüfert, die am 5. und 6. Mai 1919 bei der „Befreiung“ Münchens von der „Roten Armee“ Perlacher Arbeiter verhaftet und unter Mißachtung des Standrechts erschießen ließen. Die beiden Angeklagten, die mit ihren Eisernen Kreuzen an Gerichtsstelle erschienen, gaben zunächst eine kurze Darstellung der Ereignisse, die der Erschießung vorausgegangen waren. Pölzing gab u. a. folgendes an: In Perlach sei er zunächst zur Festnahme des „Rädelsführers“ Heinrich Ludwig geschritten, der ihm vom evangelischen Pfarrer Hell angegeben (!) worden war. Von einer sofortigen Erschießung habe er abgesehen, obwohl er dazu berechtigt gewesen sei. An Hand der Mitgliederlisten der Roten Armee habe er weitere Verhaftungen durchführen lassen. Mit den Gefangenen sei er am anderen Tage nach München gefahren und habe sie dort dem Feldwebel Prüfert übergeben mit den Worten: „Ich habe nichts mehr zu sagen. Machen Sie, was Sie wollen.“ (Zwischenruf des Angeklagten Prüfert: „Das stimmt nicht!“) In seiner weiteren Aussage verwickelt sich der Angeklagte in eine Reihe von Widersprüchen, auf die ihn der Vorsitzende fortgesetzt aufmerksam machte. Pölzing hatte nach der Mitteilung des Untersuchungsrichters bei seinen vier, zwischen 1920 und 1925, erfolgten Vernehmungen jedesmal anders ausgesagt. Der hauptsächlichste Widerspruch besteht in der verschiedenartigen Schilderung der Verhaftung des „Rädelsführers“ Ludwig. Der Angeklagte erklärte heute, daß er Ludwig im Bett liegend angetroffen und Ludwig bei seinem Eintreten in das Zimmer aus dem Bett einen geladenen Revolver auf ihn gerichtet habe. Früher erklärte der Angeklagte, daß der Armeerevolver Ludwigs in dessen Stube aufgefunden wurde.

Die Lügenhaftigkeit der Angeklagten geht am besten daraus hervor, daß sich laut Voruntersuchung die beiden Angeklagten verabredet hatten, gemeinsam ihre Zeugenaussagen in dem Sinn abzugeben, daß die Gefangenen „auf der Flucht“ erschossen worden seien, weil sie gemeutert hätten. Rechtsanwalt Alsberg richtete an den Angeklagten Pölzing folgende Frage: „Ist diese **Ausrede, es habe eine Meuterei stattgefunden, die zur Erschießung auf der Flucht genötigt habe, damals gang und gäbe** gewesen?“ Angeklagter Pölzing: „Das war **die Regel, um Erschießungen hinterher zu rechtfertigen.**“ Rechtsanwalt Alsberg: Hat man die Erfahrung gemacht, **daß die Sache sofort ad acta gelegt wurde, wenn man mit dem Märchen von der „Meuterei“ kam?**“ Angeklagter Pölzing: „Jawohl.“

In seiner Vernehmung gab der andere Angeklagte Prüfert an, Pölzing habe ihm ausdrücklich befohlen, den „Rädelsführer“ Ludwig an Ort und Stelle zu erschießen. Er habe absichtlich diesen Befehl nicht ausgeführt. Mit den 12 Verhafteten sei er früh gegen 4 Uhr im Hofbräuhaussteller angekommen und habe dort von Pölzing den strikten Befehl erhalten, die Exekution vorzunehmen. Pölzing habe auch die Soldaten in vier Gliedern antreten lassen, er selbst gab darauf das Kommando zur Erschießung. Nach der Exekution habe Pölzing dem Major Schulz Meldung von der Vollstreckung gemacht. Schulz habe früher schon bei dem Quartierwechsel der Truppe auf die Frage, was mit den Verhafteten geschehen soll, gesagt: **„Legen Sie die Schweine um.“**

Im Juli 1919 nahm Prüfert seinen Abschied von der Reichswehr, trieb sich dann lange Zeit mittellos und unangemeldet in Berlin herum und ließ sich dabei einige schwere Diebstähle zuschulden kommen. Eine Gegenüberstellung der beiden Angeklagten führte zu keiner Klärung der sich völlig widersprechenden Aussagen. Als Zeugen wurden einige Ortseinwohner von Perlach, in der Hauptsache Hinterbliebene von Erschossenen vernommen, die in ihrer Mehrzahl erklären, daß ihre Angehörigen **Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie** waren und niemals der Münchener Räetetruppe angehört hätten.

Die Entwicklung der Volksgesundheit.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes in den Jahren 1923 und 1924 zugegangen. Darin wird festgestellt, daß nach den Zeiten der Hungerblockade im Jahre 1921 eine leichte Besserung in der Volksgesundheit eintrat, aber die Inflationsjahre 1922 und 1923 einen erheblichen Rückschlag brachten, sodaß die furchtbarsten Folgen für den gesamten Volkskörper in bedrohliche Nähe gerückt zu sein schienen. Mit der Stabilisierung der Währung trat eine günstige Wirkung auf den Gesundheitszustand des Volkes ein. Wirkliche Fortschritte zeigten sich erst 1924. An Sterbefällen wurden im Jahre 1922 in den deutschen Großstädten 219 630 gezählt, im Jahre 1923: 210 724 und im Jahre 1924: 194 340. Die für 1924 ermittelte Sterbeziffer weist die niedrigste Sterblichkeit auf, die bisher verzeichnet wurde. In den deutschen Großstädten starben im Jahre 1922 etwa 36 000 Säuglinge, im Jahre 1923: 32 500 und im Jahre 1925: 25 700. Trotz dieser günstigen Ziffern stellt die Denkschrift fest, daß die Ernährung für einen großen Teil des Volkes unzureichend und wegen der einseitigen Zusammensetzung vielfach unzweckmäßig ist. Von großen Epidemien ist Deutschland in den Jahren 1923 und 1924 verschont geblieben.

Sprengung der polnischen Koalition?

Durch den rechtsstehenden Finanzminister und seinen amerikanischen Berater.

Der Warschauer sozialistische „Robotnik“ schreibt: „Der (rechtsstehende) polnische Finanzminister hat die Absicht, die Gehaltsreduzierungen der Beamten für das gesamte Jahr 1926 beizubehalten, während die Vertreter der Sozialisten ausnahmsweise nur für das erste Quartal ihre Zustimmung dazu gaben. Der Finanzminister und die übrigen Regierungsmitglieder müssen dessen eingedenk sein, daß es auch Grenzen der Zusammenarbeit in der Koalition gibt, die der letzte sozialistische Parteikongreß genau bezeichnet hat. Der Finanzminister hat drei Monate Zeit, darüber nachzudenken, ob auf anderem Gebiete Ersparnisse zu erzielen sind. Diese Ersparnisse dürfen keinesfalls weiter durch die Beibehaltung der Reduzierung der Beamtengehälter erreicht werden. Eine Militärpolitik des Finanzministers wird die PPS. nicht mitmachen, und ein Budget auf der vorgeschlagenen Grundlage würde das Ende des Koalitionskabinetts bedeuten.“

Der Krakauer sozialistische „Naprzod“ fällt ein vernichtendes Urteil über die Ratschläge, die von dem amerikanischen Finanzsachverständigen, Professor Kämmerer, zur Sanierung der polnischen Wirtschaft erteilt worden sind. Ganz besonders nimmt das Blatt Anstoß an dem Vorschlag der Verlängerung der Arbeitszeit, Abschaffung des Urlaubs, der Krankenkassen und sonstigen sozialen Errungenschaften, womit der Finanzsachverständige absolut nichts Neues gesagt habe. Diese Ratschläge führen in ihrer Konsequenz zu dem, gegen das sich die polnische Sozialistische Partei auf das entschiedenste verwahrte und sich mit allen Mitteln wehren wird. „Bedauerlicherweise hat Herr Kämmerer uns nicht gesagt, welche Opfer die besitzenden Klassen zu bringen haben, um die Sanierung zu ermöglichen, auch nicht über die unehrliche Steuerzahlung, über die Machinationen und Bankspekulationen, die unsere Valuta untergraben. Gewiß sind wir Professor Kämmerer auch dafür dankbar. Es ist uns doch bekannt, daß er in Polen nicht in unserem Interesse eintraf, um uns zu helfen, sondern als Delegierter der amerikanischen Banken, um zu prüfen, ob es möglich ist, Polen für die amerikanischen Bankiers zum günstigen Geschäftsfelde zu machen. Wir erinnern schon heute daran, daß der geringste Versuch, die soziale Gesetzgebung in Polen anzutasten, die Koalitionsregierung sprengen würde. Gleichzeitig werfen wir die Frage auf, ob der Zeitpunkt angesichts der 800 000 Arbeitslosen angebracht ist, um die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit zu erörtern. Die bourgeoisen Blätter haben natürlich die Ratschläge Kämmerers mit Begeisterung aufgenommen. Bezüglich der Ersparnisse im Budget hat uns Kämmerer nichts Neues gesagt, denn diese Ersparnisse sind bereits von uns selbst durchgeführt worden.“ Das Blatt verlangt schließlich wieder guten Willen zur handelspolitischen Verständigung mit Deutschland.

Kleine Auslandsnachrichten.

Ein Völkerbundsprogramm für internationale Zusammenarbeit. Am Donnerstag tritt in Paris die Völkerbundskommission für internationale geistige Zusammenarbeit zusammen, um am 16. Januar das von der französischen Regierung eingerichtete Institut für internationale geistige Zusammenarbeit feierlich einzuweihen. Die Beratungen der Kommission in Paris gelten vor allem der Frage, wie die Schuljugend aller Länder am besten über den Völkerbund und seine Aufgaben aufgeklärt werden kann. Außerdem sollen die Statuten des in Rom zu schaffenden Internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts ausgearbeitet und ein Bericht des Unterausschusses für Literatur und Kunst entgegengenommen werden über ein auszuarbeitendes Verzeichnis von Uebersetzungen literarischer Werke. Schließlich wird der Plan eines internationalen Kunstjahrbuches und die Frage der Organisation eines Internationalen Amts für Museen zur Erörterung stehen.

Der deutschfeindliche Faschismus in Südtirol. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Rom, daß in Mailand eine neue faschistische Organisation „Grenzerwacht“ gegründet worden sei, die sich die schärfste Italienisierung der Grenzlande, vor allem Südtirols, zum Ziel gesetzt habe.

In Belgien ist es über die Durchführung der Militärreform zu einer teilweisen Regierungskrise gekommen. Die Haltung des Kriegsministers, General Leskens, wird von den übrigen Mitgliedern der Regierung nicht gebilligt. Die Sozialisten fordern bekanntlich die stufenweise Einführung der sechsmonatigen Dienstzeit. Die Regierung ist sich einig darüber, zunächst die Dienstzeit von zehn Monaten für die Jahresklasse 1926 einzuführen. Der Ministerrat, dem der Kriegsminister nicht beiwohnte, hielt am Mittwoch an der sofortigen Einführung der Dienstzeit von zehn Monaten fest. Der Rücktritt des Kriegsministers wird bestimmt für Donnerstag erwartet. Sein Nachfolger wird vermutlich ein Militär sein, der die Ansicht der Regierung teilt.

Angriffe Pilsudskis gegen Skrzynski. Im „Kurjer Poranny“ äußert sich Pilsudski über die Verhandlungen, die wegen seiner eventuellen Rückkehr in die Armee im Ministerrat stattgefunden haben. Pilsudski lehnt auch jetzt die Regierungsvorlage über die obersten Kommandostellen ab, ein solcher Gesetzentwurf schließe seine Rückkehr in den Heeresdienst aus. Daran anschließend richtet Pilsudski heftige Angriffe gegen Skrzynski, der ungeachtet aller Warnungen Pilsudskis seine Person zum Gegenstand eines politischen Schachers gemacht hätte, was Pilsudski als einen Beweis für „unerträglich üble politische Gepflogenheiten“ bezeichnet.

Die polnische Bauernlinke im Zerfall. Die vor einigen Tagen durch den Ausschluß Dombskis aus der radikalen Arbeiterpartei „Wyzwolenie“ offenbarend gewordene akute Krise dieser Partei hat vorgestern zu der erwarteten Spaltung geführt. 17 Abgeordnete unter Führung Waterons und Dombskis haben den Austritt angemeldet und sich zu einer neuen Gruppe zusammengeschlossen, die den Namen Bauernpartei führt. Wie aus verschiedenen Nachrichten hervorgeht, ist damit die Krisis in der Wyzwoleniepartei noch nicht abgeschlossen. Man erwartet für die nächsten Tage weitere Austritte von Parlamentariern. Es wird vermutet, daß sich die Bauerngruppe Bryl der neugebildeten Bauernpartei anschließen wird. — Die „Wyzwolenie“ war als einzige größere Linkspartei außerhalb der polnischen Koalition geblieben.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 13. Januar.

Der Auftrieb betrug: 1155 Rinder, 2467 Schweine, 1278 Kälber, 417 Schafe.
Ueberstand vom vorigen Markte waren: 3 Rinder, 7 Schweine, 2 Kälber, 3 Schafe.

	Es wurde gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht: Mark
I. Rinder.	
A. Ochsen:	
a. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungeölt)	46–48
b. vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren	39–44
c. junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	32–36
d. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	25–31
B. Bullen:	
a. vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts	50–53
b. vollfleischige jüngere	44–49
c. mäßig genährte junge und gut genährte ältere	40–43
C. Kalben und Kühe:	
a. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts	46–52
b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	40–44
c. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	31–38
d. mäßig genährte Kühe und Kalben	24–30
e. gering genährte Kühe und Kalben	18–23
D. Gering genähntes Jungvieh (Fresser).	—
II. Kälber.	
a. Doppellender feinster Mast	—
b. feinste Mastkälber	—
c. mittlere Mast- und beste Saugkälber	68–73
d. geringere Mast- und gute Saugkälber	63–67
e. geringere Saugkälber	52–57
III. Schafe.	
A. Stallmastschafe:	
a. Mastlämmer und jüngere Masthammel	49–53
b. ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	42–48
c. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	33–40
B. Weidemastschafe:	
a. Mastlämmer	—
b. geringere Lämmer und Schafe	—
IV. Schweine.	
a. Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	82–84
b. vollfleischige Schweine über 120–150 kg (240–300 Pfd.)	80–81
c. „ „ „ 100–120 kg (200–240 Pfd.)	77–79
d. „ „ „ 80–100 kg (160–200 Pfd.)	74–76
e. „ „ bis 80 kg (160 Pfd.)	—
f. Sauen und geschnittene Eber	63–75

Geschäftsgang Schafe gut, Kälber, Rinder mittel, Schweine schlecht.

Die Spanne zwischen Stall- und Marktpreisen wird mitbedingt durch die notwendigen Händlerspesen für Fracht-, Markt-, Futter- und Versicherungsgebühren, Umsatzsteuer und dergl., sowie durch den unvermeidlichen Gewichtsschwund vom Stall zum Markt.

Ausfuhr nach	Rinder	Schweine	Kälber	Schafe
Oberschlesien	153	122	22	—
„ „ Mittel- u. Niederschles.	47	215	10	—
„ „ Sachsen	70	14	—	—
„ „ Westdeutschland	41	—	—	—
„ „ Süddeutschland	—	—	—	—
„ „ Berlin	—	—	—	—
Unverkauft nach anderen Plätzen	—	—	—	—
Ueberstand verblieben	2	70	—	—

Aus aller Welt.

Furchtbares Bergwerksunglück.

Im Staate Oklahoma (Nordamerika) hat sich am Mittwoch durch eine Explosion ein furchtbares Grubenunglück ereignet. Ueber hundert Bergarbeiter wurden verschüttet. Sie dürften restlos erstickt sein.

Immer neue Grubenunglücksfälle.

Am Dienstag abend sind auf der Zeche der Vereinigten Presse in Wiltsche bei Dortmund durch Explosion zwei Bergleute getötet und fünf verletzt worden. Der eine Tote ist noch nicht geborgen. Drei der Verletzten schweben in Lebensgefahr. Die Zeche selbst liegt still.

Ist Deutschland das nüchternste Land?

Die Vertreter des Alkoholkapitals beantworten diese Frage mit Ja, und sie berufen sich dabei auf eine Statistik, die das Internationale Bureau zur Bekämpfung des Alkoholismus für die Jahre 1919 bis 1922 aufgestellt hat. Nun muß man dabei aber berücksichtigen, daß Deutschland in dieser Zeit zum Teil noch unter den einschränkenden Wirkungen der Alkoholgesetzgebung während des Krieges stand und in der Inflationsperiode die Erzeugung und der Verbrauch von Alkohol noch herabgesetzt war. Seitdem hat sich aber das Verhältnis gründlich wieder geändert, man braucht nur die Geschäftsberichte der Brauereien und Brennereien in die Hand zu nehmen, um daraus zu ersehen, daß sich der Verbrauch von alkoholischen Getränken wieder sprunghaft vergrößert. Ein weiterer Beweis dafür ist die erneute gewaltige Zunahme der von den Trinkerfürsorgestellen aufgenommenen Personen. Trotz unseres wirtschaftlichen Elends werden wir in Bezug auf den Alkoholkonsum bald wieder die „Friedenshöhe“ erreichen.

Ein internationales Institut für Hochgebirgsphysiologie

und Tuberkuloseforschung ist in Davos mit finanzieller Unterstützung der Schweizer Bundesregierung eingerichtet worden. Auch eine Reihe deutscher Forscher beteiligen sich an den Arbeiten des Instituts.

Strafe der Gerechtigkeit.

Vor einem Wiener Vogteigericht war dieser Tage ein gewerbsmäßiger Kanalstrotter angeklagt. Er hatte sich geweigert, seinen zwei unehelichen Kindern Alimente auszubezahlen. Das Gericht beschäftigte sich daher eingehend mit seinen Vermögensverhältnissen. Er hat sich beim Absuchen des Wiener Kanalnetzes im Laufe der Jahre ein so großes Vermögen erworben, daß er jetzt nur mehr selten „einsteige“. Da er dreißig Jahre vom Kanalstrotten lebt, kann man ihm glauben, wenn er die Vorkriegszeit als einträglicher bezeichnete. Jetzt werden nicht mehr so viele Brillanteringe in den Kanälen gefunden, wie vor dem Kriege. Gewöhnlich nimmt man an, daß sich nur lichtscheues Gesindel mit dieser Beschäftigung abfindet, Einbrecher, die gerade kein besseres Geschäft haben. Bei diesem Kanalstrotterkönig wurde aber erwiesen, daß er nur wegen kleinerer Delikte, Wachebeleidigung und Trunkenheitsexzeß, vorbestraft ist, sonst aber im polizeilichen Leumund als ehrlicher Mann bezeichnet wird. An Sonntagen zog er sich sogar ganz elegant an und besuchte die Pferderennen in der Freudenau, wo er dem Totalisator sehr eifrig zusprach. Nach vieljähriger mühseliger Arbeit in der inneren Stadt verstand er es, sich mit der Zeit, das alleinige Ausschöpfungsrecht der Kanäle beim Wiener Großschlach[illegible] hof zu sichern. Von dem Fett, das er dabei gewann, konnte er sich redlich ernähren. Jetzt führt er dieses Geschäft mit einem Kollegen auf Halbpart. Als er vom Richter wegen seiner Trunkenheitsexzesse befragt wurde, sagte er: „Herr Richter, zeigen Sie mir einen Kanalstrotter in der ganzen Welt, der seinen Beruf ohne Alkoholgenuß ausüben kann.“

Ueber die Desinfektionswirkung des Bügelns

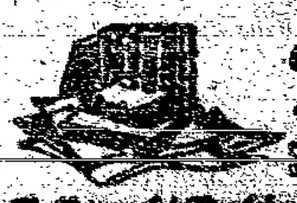
ist eine Reihe interessanter Untersuchungen angestellt worden. Es wurden Bügeleisen benützt, die mit Glüheisen, Holzkohle, Gasflamme und Spiritusbrenner erhitzt waren. Die Desinfektionswirkung, die bei der entsprechenden Temperatur von 120 bis 312 Grad Celsius durch die Wärme eintrat, war bei allen Bügeleisen die gleiche. Dünne Stoffe, wie Zephir, dünne Tücher, Taschentücher waren schon nach einmaligem Ueberfahren keimfrei, bei stärkeren Stoffen konnte erst dann eine vollkommene Desinfektion (Keimfreimachung) erzielt werden, wenn auch die andere Seite des Stoffes erhitzt wurde. Bei ganz dicken Tüchern wurde eine Keimfreimachung durch Bügeln überhaupt nicht erreicht und erst das Einwirken von überhitztem Dampf gab hier befriedigende Resultate.

Zu den eingeschlossenen Schiffen.

Das deutsche Linienschiff „Hessen“, das von der Marineleitung zur Hilfeleistung für die in den russischen Hoheitsgewässern im Eis eingeschlossenen deutschen Handelsschiffe entsandt worden ist, hat jüngst einen neuen Vorstoß in das Eisgebiet des finnischen Meerbusens unternommen. Die Kälte hat dort 22 bis 28 Grad erreicht. Das Schiff mußte aber diesen Versuch aufgeben und nach Reval zurückkehren. Die Eisdecke ist so stark, daß mit gesamter Maschinenleistung von 18 000 Pferdekräften, selbst durch dauerndes Vor- und Zurückgehen des Schiffes, ein Vorwärtskommen kaum mehr möglich war. Die „Hessen“ war noch 30 Seemeilen von den Dampfern entfernt. Finnische Armeeflieger haben von Wiborg aus die eingeschlossenen Dampfer mit Proviant versehen.

Der Komet Enjes kommt näher.

Wie bereits mitgeteilt, entdeckte der Astronom Enjes von der Kapsternwarte (Südafrika) am 14. Dezember den elften und letzten Kometen des damit in der Entdeckungsgeschichte dieser Gestirne zum kometenreichsten gewordenen Jahres 1925. Damals stand der Komet in dem hoch am südlichen Himmel gelegenen Sternbild des Netzes, das für nördliche Sternwarten unsichtbar ist. Seine Bewegung war damals nach Nordwesten gerichtet. A. C. D. Crommelin von der Sternwarte in Greenwich hat nun eine angenäherte Bahnberechnung des Kometen ausgeführt, aus der hervorgeht, daß das Gestirn erst am 12. Februar 1926 in seine Sonnennähe gelangen und bei dieser sich der Sonne bis auf 38 Millionen Kilometer nähern wird. Sein Lauf geht, nachdem er Ende Dezember das Sternbild des Phönix berührt hat, im Januar in steiler nördlicher Richtung durch den Kranich und Südlichen Fisch; im Februar wird er zunächst den Steinbock durchwandern, dann im Wassermann den Aequator kreuzen und im Pegasus weiterschreiten, wo er auch im März seine jetzt nordöstliche Bahn fortsetzen wird. Demnach wird der Komet Enjes in einigen Wochen auch für die Sternwarten der Nordhalbkugel sichtbar werden. Der Erde nähert sich der Komet noch fortgesetzt, sein Abstand beträgt Mitte Januar 172, Anfang März 119 Millionen Kilometer.


Das Buch!

Stadt-Theater

Donnerstag 7½ Uhr:
Undine
Freitag 7½ Uhr:
10141 **Indigo**
Sonnabend 7½ Uhr
Fidelio

Vereinigte Theater
Lobetheater

Lessingstr. 8, Tel. Rg. 6774.
Donnerstag, Freitag 8 Uhr:
Michael Hundertpfund
Sonnabend, Sonntag, Montag
Gastspiel
Asta Nielsen
Rita Cavallini

Thaliatheater

Schweidnitzerstr. 3, Tel. Rg. 6700
Donnerstag, nachm. 3½ Uhr:
Kabale und Liebe
Donnerstag, Freitag 8 Uhr:
Gastspiel 10145
Ludwig Stössel
im großen Lachschlager
Der Igel

Schauspielhaus

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37460.
10140 Täglich 8 Uhr:
Gastspiel Elli Leux
Auftreten Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung:
Die Teresina
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
In neuer Ausstattung:
Auftreten Walter Jankuhn
Der Orlow.

Liebich-Theater

Telefon: Stephan 34646.
Täglich 8 Uhr:
Internationales Variété!
Eintrittspreise von 0.75 RM. an
10150
Jeden Sonntag 3½ Uhr:
Nachmittagsvorstellg.
zu halben Preisen.

Leihweise elegante
Frack-, Rock- u. Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister 5631
Bischofstr. 3.
Telefon Ohle 2779.

Masken- und 10194
Theater-Kostüme
C. Schliwa
Schmiedebrücke 40
(in der Nähe der Universität)

Sie sparen viel Geld
wenn Sie Ihre 6037
Herren-Bekleidung
auf Teilzahlung
direkt in der Fabrik kaufen
Winter-Mäntel v. 26.50 an
Anzüge v. 22 Mk. an
Rob. Hänel
Herrenkleiderfabrik
Karlsruhe, 9, I. Stock.

Nachhilfe, Volkswacht
Moderner Anfänger 41
Preise 1, Sophienstraße 1

Eilen Sie

auch wenn Sie sonst für Ruhe sind — dieses eine Mal rasch zu uns!

Unser
Inventur-Verkauf
beginnt Montag, den 18. Januar.

Wir haben Riesenmengen vorteilhafter Waren bereit gestellt, deren Preise rücksichtslos herabgesetzt sind!

GEBR. BARASCH G.M.B.H.
Ring Neumarkt
Vorverkauf Sonnabend, den 16. Januar

Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Während des Inventur-Ausverkaufs
ein
Extra-Angebot

Zirka 400
Velour-Blusen 2.60 Mk.
alle Größen, schöne Muster, beste Qualität
Kasaks alle Größen, extra schwere Qualität **2.60** Mk.
Textilhaus E. Liebe
Kupferschmiedestraße 15.
10135

10191

Wurst- und Fleischwaren
Preise äußerst berechnet!

Räucherbauch u. **Rippchen**	1 Pfd. RM	**1.40**
Frischer Speck u. **Lungenfett**	1 Pfd. RM.	**1.10**
Frischer Schweinebauch	1 Pfd. RM.	**1.10**
Gepökelt. Eisbein, ausgewogen	1 Pfd. RM.	**1.00**
Landleberwurst	1 Pfd. RM.	**1.00**
Landpreßwurst	1 Pfd. RM.	**1.00**
Knoblauchwurst	1 Pfd. RM.	**1.00**
Gepökelt. Ohren u. **Schnauzen**	1 Pfd. RM.	**0.60**
Rindertalg, ausgebraten	1 Pfd. RM.	**0.60**
Schweinesülze	1 Pfd. RM.	**0.60**
Leberwurst II	1 Pfd. RM.	**0.50**
Spitzbeine	1 Pfd. RM.	**0.40**

Die drei Schneider-Spezialitäten
Hausmacher-Leberwurst
Kalbsleberwurst
Beste weiche Zervelatwurst
1/4 Pfd. **50** Pf.

Besuchen Sie meine Verkaufsstellen!
August Schneider
Wurst- und Fleischwarenfabrik.

Breslauer Konzerthaus
Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr
SAXOPHONIE
Kostümfest der Solomitglieder des Schauspielhauses
Eintritt 3.20 Mk. u. 1.30 Mk Steuer. Vorverkauf: Schauspielhaus, Barasch, Ungar, Neue Schweidnitzer Straße 15, und an der Abendkasse im Konzerthaus.

Kinderstrümpfe
Restposten
= unter Preis =
Wollstrumpf Größe 4 von 1.10 Mk. an
Band Schäffer
Ring 23 Ring 23

ZIRKUS STRASSBURGER
täglich
Das Riesen-Programm!
Die atemraubende 5656
Luftsensation
MILES
der Mann auf den Lüften in der Zirkuskuppel
u. die übrigen Glanznummern
Volkstümliche Preise.
Billette: Barasch und Zirkuskasse

Billiger
Inventur-Ausverkauf!
Fabelhaft billige Preise!

Bettbezug	mit 2 Kissen, aus guten, karierten Stoffen . . . . . jetzt nur	**7.95**
Bettbezug	mit besticktem Kissen, jetzt nur	**11.50**
Bettbezug	2 Meter lang . . . . jetzt nur	**4.95**
Hemdentuch	. . . . . Meter jetzt nur	**59** Pf.
Züchen	. . . . . Meter jetzt nur	**78** Pf.

usw.

Herren- und Knabenhosen, Herren- u. Knaben-Anzüge, Klubwesten, Trikotagen, Wollwaren
jetzt zu beispiellos billigen Preisen. 10182
Der weiteste Weg lohnt sich.
H. Wassermann, Friedrich-Wilhelmstr. 35.

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Die breite Masse raucht die
Qualitäts-Rauchtabake
von
CARL Vogelsang, Bremen
von hervorragender Güte.

Feinschnitte:
50 Gramm Jan Piet 30 Pf., Cavota rot 30 Pf., Cavota grün 40 Pf., Cavota blau 50 Pf., Quittengelb 70 Pf., Goldfasan 1.— Mk.

Beachten Sie den Vornamen — **CARL** — und fordern Sie ausdrücklichst mein Fabrikat in allen Spezial-Geschäften

Bezirksvertreter: **L. CENTAWER, Breslau 13**
Hölchenstraße 82. Telefon Stephan 38162.

Ein Lebensbild
von
Friedrich Engels
erzählt **Dr. Willy Cohn** in seiner neuen Schrift unserer Jugend

Dieses Büchlein ist wertvoller wie mancher dicke Band u. muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mit einem Bilde ausgestattet nur 90 Pf.,
Zu haben in der
Volkswacht-Buchhandlung Neue Graupenstraße Nr. 5.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Oeffentliche Frauenversammlungen
finden am **Montag, den 18. Januar,** abends 7½ Uhr, in den am Sonnabend an dieser Stelle noch zu veröffentlichten Lokalen statt.

Frauen und Mädchen! Haltet euch für diesen Abend bereit, besucht die Versammlung und bringt noch bekannte Frauen mit.

Die Berichte von den Distriktsversammlungen müssen alle bis morgen vormittag im Parteisekretariat sein.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Ortsgruppe Breslau. Sitzung am Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses. Vortrag des Genossen Schremmer: Staatsbürgerliche Erziehung in der Schule.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. Januar.

Zu den Fürstenabfindungen.

Von einem Breslauer Genossen wird uns zu diesem Thema geschrieben:

Ich hatte Ende des Jahres 1915 und Anfang 1916 Gelegenheit, in einem neuerbauten Lustschlosse des Großherzogs von Mecklenburg-Strehlitz als Handwerker tätig zu sein. Das Schloß lag außerhalb der Stadt und war als Absteigequartier für Gäste, vornehmlich Damen, gedacht. Bis Ende 1915 sollte es beziehbar sein, es kam aber anders.

Etliche Wochen vor Fertigstellung erschien mit dem Großherzog, der unbeweibt war, eine schlesische Fürstin im Bau. Beide durchschritten die Räume, der Adjutant, Bauräte und sonstige hoffähige Gesellschaft hinterher. Ich hatte im Vestibül eine Arbeit auszuführen, die Gesellschaft traf sich im Vestibül wieder und hielt in meiner Nähe eine Besprechung ab. Der Großherzog frug die Fürstin, wie sie über das Haus denke? Er sagte zu ihr wörtlich: „Von Hoheit bin ich gewöhnt stets eine offene Meinung zu hören." — Diese sah sich um, klopfte mit ihren Handschuhen am Kleide und sagte: „Königliche Hoheit, mein Urteil ist sehr deprimierend. Das Haus", führte sie weiter aus, „sei doch kein Schloß für einen regierenden Fürsten; es sei ein Haus für einen Landjunker; weiter hat es keine Bedeutung. Diese kleinen Räume, mit den schweren Stuckdecken, diese kleinen, unverzierten Türen, wenn diese braun gestrichen wären, paßten sie in jede Bauernwohnung. Dieser schlangenhafte Treppenaufgang. Königliche Hoheit müssen sich ja fürchten, eine Dame gefahrlos hier herauf zu bringen; dann diese kleinen Treppenhausfenster; der Mangel eines Personenaufzuges sei auch zu bedauern usw." Es dauerte eine ganze Weile, ehe sie sich ausgesprochen hatte.

Die Hofbauräte standen bestürzt dabei; der Großherzog schien belustigt darüber, er sah die Räte vergnügt an; zum Schluß sagte die Fürstin: „Wenn es Königliche Hoheit angenehm ist, so werde ich meinen Innenarchitekten telegraphisch rufen und dessen Ansicht hören." Er war damit einverstanden.

Zum Allgemeinverständnis der späteren Anordnungen sei gesagt, daß das Haus beinahe beziehbar war, Decken, Wände, Fenster, Türen usw. waren fertig, nur die Möbel brauchten hineingestellt werden.

Andern Tags mittags erschien der Architekt mit der Fürstin im Bau. Vorher war im Vestibül eine lange Tafel mit den Zeichnungen aufgestellt worden. Nach Durchgang der Räume erklärte der Architekt, daß es ein schweres Stück Arbeit sei, dem fertigen Gebäude künstlerische Innenkruktur zu geben; er schlug vor, dem Treppenhaus durch große, vom Parterre bis ins Obergeschoß gehende breite gemalte Fenster mehr Wirkung zu geben, die Windung am Anfang der Treppe müßte verschwinden; ein Fahrstuhl sei Bedürfnis; der zu schwere Stuck an den Decken müßte abgeschlagen werden. Die Türen der Zimmer sollten bildhauerische Kunstwerke werden. Die Schlafzimmer seien viel zu klein, sie sollten vierfenstrig gestaltet werden; die neben den Schlafzimmern liegenden Badezimmer seien anscheinend für Kinder gedacht, äußerte sich die Fürstin. Die ganze Beleuchtungsanlage sollte viel großzügiger in den einzelnen Zimmern und Salons sein, sprach der Architekt. Der ganze Bau wurde sozusagen wörtlich zerlegt; der Hof-Baurat war ganz verstört. Den nächsten Vormittag ging im Beisein des Großherzogs dieselbe Besprechung vor sich, bei der aber die Fürstin die Wortführerin war; der Architekt machte meistens nur zustimmende Verbeugungen vor den Herrschaften.

Nach etlichen Tagen erschienen vierzig Maurer und Arbeiter, alles Leute, die im sogenannten Staatsinteresse reklamiert wurden, als ob der Staat ein Interesse daran hätte, daß dieses Haus schnell fertig würde: binnen einer Woche sah das Innere einem Schutthaufen ähnlich.

Interessant war es, festzustellen, welches Menschenmaterial für diese Arbeiten reklamiert wurde; eigentliche Maurer- oder Zimmergesellen waren unter den Leuten nur acht Personen; die anderen waren Bautechniker, Maurer- und Zimmermeister, Tiefbauunternehmer usw. Es zeigte sich hier, wie alles geschoben wurde, — im Sinne der Unternehmer. — Von fachmännischer Seite wurde behauptet, daß der Umbau dreimal teurer sei, als der eigentliche Bau; skandalös war es, wenn man sah, daß an Fenstern und Türen die feinsten Broncearbeiten angebracht wurden, während im Lande das Volk jedes Metallgeschirr abliefern mußte. Daß sich die bauleitenden Köpfe bewußt waren, daß derartige Dinge nicht in die Oeffentlichkeit kommen durften, erfahren wir Handwerker daraus, daß um uns ein ganzes Heer Geheimagenten schwärmte; sie witterten überall Umstürzler, unser Logiswirt teilte uns verschiedene Male im Vertrauen mit, daß wieder Gebeime in unseren Koffern waren. Die Dreistigkeit ging soweit, solche Leute als Handwerker in den Bau zu schmuggeln; aber die Berliner Maler kannten schon ihre Pappenheimer.

Als Anfang Mai der Bau fertig war, konnte dieser innen als Harem anerkannt werden. Diese vier einzelnen Wohngelasse, mit ihrer sinnlich verführerischen Einrichtung, drängten unwillkürlich zu dieser Anschauung; und es war Volksgeheimnis des Städtchens, welche Schäferstunden schon im alten Schlosse abgehalten worden waren.

Als ich 1917 in Frankreich war, erhielt ich die Nachricht, daß sich der Großherzog am See erschossen habe; welcher Grund dazu vorlag, schien anscheinend niemand zu wissen. Bekanntlich hatte am Anfang des Krieges in einer Bundesratssitzung des Bundes der Fürsten der Großherzog für den Krieg gestimmt, mit dem Vorbehalt, daß kein Durchmarsch durch Belgien stattfindet, weil die Einmischung Englands dann aktuell würde. Da es doch geschah, zog er die Konsequenzen daraus. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß der angebliche Selbstmord aus politischen Ursachen erfolgt sein kann. Wenn man bedenkt, daß der Großherzog schon 1917 verstorben ist, so müßte doch bis Ende 1918 die Erbregulierung stattgefunden haben. Eine direkte Frechheit ist es, wenn jene zwei Frauen vom jetzigen Staate verlangen, die geschuldeten Schäferstundenentgelte des Großherzogs nachträglich zu bezahlen.

Wenn allen Damen, mit denen der Großherzog in körperliche Berührung kam, Ansprüche stellten, so würden wohl noch etliche Hunderttausende zu bezahlen sein. Das großherzogliche Theater hat in den Jahren seiner Regierung sehr viele Künstlerinnen kennen gelernt; viele werden sich noch mit Freuden an die vergnügten Stunden der kleinen Residenz erinnern. — Aber diese haben noch so viel weiblichen Instinkt, sich nicht vor der Welt zu blamieren, trotzdem ihnen gegenüber nicht immer ein großherzogliches Versprechen gehalten wurde. Es kann nur einen Appell geben und der lautet: Verweigerung jeder Abfindung.

Gabeljürge hat wieder seinen Dreizack.

Bekanntlich stand das Wahrzeichen unseres Neumarktes, der Gabeljürge, in letzter Zeit ohne Gabel da. Diebische Hände hatten sie ihm weggenommen. Nun ist der Gabeljürge wieder zu seiner Gabel gekommen. Am Donnerstag waren Arbeiter damit beschäftigt, die neue aus Kupfer gearbeitete Gabel zu befestigen. Die Arbeit war indes nicht ganz einfach, weil die neue Gabel, die hohl gearbeitet ist, an das Wasserrohrnetz angeschlossen werden mußte, damit im Frühjahr aus den drei Zinkenspitzen das Wasser herausspringen kann.

Die Stadtverwaltung hat also den Gabeljürgen nebst den vier Delphinen, auf denen er in der Mitte eines steinernen Bassins steht, wieder „betriebsfähig" gemacht. Hoffen wir, daß sich nicht wieder jemand an der Gabel vergreift. Der Gabeljürge selbst ist heute schon ein recht alter Herr. Anno 1732 wurde er aufgestellt, und an seiner Stelle stand bis zum Jahre 1592 eine steinerne Kalkscheune auf dem Neumarkt. Nach Abbruch jener Kalkscheune wurde zunächst in der Mitte des Platzes ein offener Brunnen angelegt, der damals einen runden Holzkasten (Röhrenkasten) bildete und der sein Wasser von der Wasserkunst bei der Goldbrücke (über der Ohle am Ende der Kirchstraße) bezog. Der steinerne Neubau des Brunnens mit Wasserleitung von der Matthiaskunst her erfolgte 1732, um welches Jahr, wie schon erwähnt, auch unser Gabeljürge das Licht der Welt erblickte. Er stellt ja den Gott Neptun, den Wassergott mit dem Dreizack, dar. Die Stadt verwandte seinerzeit auf diesen einzigen Monumentalbrunnen, den sie hatte, nach den Rechnungen des Baubuchs 2086 Reichstaler an. Im Jahre 1838 wurde der Brunnen auf Drängen des Polizeipräsidenten Heinke restauriert, der eine ihm zu kommunalen Zwecken geschenkte Summe von 500 Reichstalern dem Magistrat für den Gabeljürgen zur Verfügung stellte. Der Schluß liegt gewiß nahe, daß dieser Polizeipräsident dem Gabeljürgen doch besonders zugetan gewesen sein muß. Die polizeiliche Spende reichte aus, um den Brunnen vollkommen wieder in Gang zu bringen, worüber die Bevölkerung sehr erfreut gewesen sein soll.

Aber schon 1872 war das Kunstwerk so schadhaft geworden, daß der Magistrat dem Bildhauer A. Nachner eine völlige Erneuerung auftrug. Im April 1874 wurden neue Unterfigaren aufgestellt und der Springbrunnen wiederum in Betrieb gesetzt.

Im Jahre 1889 wäre dem Gabeljürgen beinahe ein Mißgeschick passiert. Der Magistrat hatte nämlich die Stadtverordneten um ihre Zustimmung zu dem Projekt ersucht, rund um den Brunnen eine Getreidemarkthalle anzulegen. Die Stadtväter waren aber nicht so grausam, dem Gabeljürgen jede freie Aussicht zu versperren und lehnten daher den Magistratsantrag glatt ab. An Freunden und Freundschaftsbeweisen hat es dem so populären Gabeljürgen also nie gefehlt.

Viel, gar viel, könnte uns der Gabeljürge erzählen, besonders aus der Zeit, wo der Neumarkt alle Morgen noch das Bild eines lebhaften Marktverkehrs bot. Heute wird längst kein Markt mehr hier abgehalten, nur der Kindelmarkt alljährlich um Weihnachten ist noch ein gewisser Ueberrest jener Marktperiode. Der Neumarkt besteht auch schon recht lange. Er muß 1263, als Herzog Heinrich III. jenseits des damaligen Unterlaufes der Ohle die Neustadt gründete, schon bestanden haben. Damals war, wie gesagt, an den Gabeljürgen allerdings noch nicht zu denken.

Zuletzt wollen wir hoffen, daß vom Neumarkt nun auch bald die Baracken wieder verschwinden und der Plan zur Ausführung kommt, den Gabeljürgen mit einer Baumgruppe zu umpflanzen.

Achtung, Gesellenausschüsse!

Alle Mitglieder beteiligen sich morgen Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses an der Vollversammlung der Funktionäre und Betriebsräte. Den Lichtbildervortrag „Berufswahl und Berufseignung" von Dr. Rose, Leiter des städtischen Berufsamtes, muß jedes Mitglied der Gesellenausschüsse besuchen.

Ein Skandalblatt-Redakteur geflüchtet.

Der Redakteur Fleischmann der Breslauer „Freien Meinung", eines Wochenblattes, von dem die gesamte ernsthafte Breslauer Tagespresse ohne Unterschied der Partei wegen seiner unerfreulichen unjournalistischen Methoden wiederholt abrückte, ist aus Breslau verschwunden, angeblich nach der Tschechoslowakei. Es scheint, daß er sich einer fälligen Haftverbüßung entziehen wollte. Doch dürften ihm auch seine erheblichen Schulden den Boden heiß gemacht haben, um deren Bezahlung er sich mit sehr eigenartigen Methoden zu drücken sucht. So wird als Verleger seines Blattes seit rund einem Jahr Fleischmanns Ehefrau angegeben, die aber Zahlungen ablehnt, indem sie behauptet, diese (allwöchentliche öffentliche!) Angabe ihres Mannes sei ohne ihr Wissen (!) erfolgt. Die Zahl der auf solche Weise geschädigten Fleischmannschen Gläubiger ist nicht gering. Auch die Druckerei der Breslauer Kommunisten soll sich darunter befinden.

Die Sozialversicherung 1924/25.

Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht in Nr. 47 des Reichsarbeitsblattes eine Denkschrift über die Sozialversicherung und die Erwerbslosenfürsorge, der wir, vorläufig ohne kritische Beurteilung, folgende allgemein interessante Angaben über Krankenversicherung entnehmen:

Gegen Krankheit waren im Jahresdurchschnitt versichert: 1913: 14,4, 1922: 20, 1923: 20, 1924: 19 Millionen Personen. In der Industrie wird jeder zweite Arbeitnehmer und in der Landwirtschaft jeder dritte einmal im Jahre krank; ein Krankheitsfall dauert durchschnittlich 20 Tage. Das Jahr 1922 zählte rund 10 Millionen Krankheitsfälle, mit denen Arbeitsunfähigkeit verbunden war, und rund 200 Millionen Krankheitstage, für die Krankengeld gewährt wurde. 1923 ging die Zahl der Krankheitsfälle um etwa ein Drittel und bei den Krankheitstagen noch stärker zurück. Dieser Rückgang bedeutet nicht etwa eine allgemeine Hebung der Volksgesundheit; er ist nur die Folge der 1923 gesteigerten Ernährungssorgen der kranken Kassenmitglieder. In der Inflation war das Krankengeld fast wertlos; wer krank wurde, geriet in wirtschaftliche Not und mußte, um Unterhalt zu finden, bald wieder in Arbeit treten. Diese die Volksgesundheit schwer schädigenden Erscheinungen sind mit der Befestigung der Währung im allgemeinen wieder weggefallen, obwohl die alte Erfahrungstatsache bestehen bleibt, daß bei wirtschaftlichem Niedergange die Krankenversicherung zwangsläufig zur Krisenversicherung wird. Die Krankenziffer steigt mit der Erwerbslosenziffer. In der Krankenversicherung steht nach der Erfahrung die Mitgliederzahl im Gerade die Krankenziffer im umgekehrten Verhältnis zum Beschäftigungsgrade auf dem Arbeitsmarkt. 1924 und stellenweise 1925 waren die Zahlen der Krankheitsfälle, mit denen Arbeitsunfähigkeit verbunden war, und der Krankheitstage, für die Krankengeld gezahlt wurde, verhältnismäßig höher als in den Inflationsjahren. — 1924 entfielen an Beiträgen einschließlich Zuschußbeiträgen auf ein Mitglied durchschnittlich bei den Ortskrankenkassen 55,42 Mark, den Landkrankenkassen 25,31 Mark, den Betriebskrankenkassen 75,59 Mark und den Innungskrankenkassen 64,90 Mark. Der Gesamtdurchschnitt aller Beiträge betrug 1914 33,56 Mark, stieg bis 1918 auf 55,15 Mark, erreichte 1919 84,98 Mark, um 1924, dem ersten Jahre nach der Inflation, 56,07 Mark zu betragen.

Die Schätzung des Gesamtaufwands der Krankenkassen für 1924 mit 750 Millionen Mark kann nur eine ungefähre sein. In keinem anderen Versicherungszweige lassen sich die bestehenden Verhältnisse und ihr Wirkungsgrad so wenig schätzen, wie in der Krankenversicherung, die von Zufallserscheinungen, wie Grippeepidemien usw., in besonders starkem Maße beeinflußt wird.

Die Denkschrift erinnert an einen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 3. Mai 1924 an die Krankenkassen, der im Interesse der Wirtschaft davor warnte, aus hohen Beiträgen Rücklagen für nicht unbedingt nötige Zwecke zu sammeln. Den obengenannten augenfälligen Unterschied in der Höhe des durchschnittlichen Jahresbeitrages bei den Betriebskrankenkassen einerseits, den Orts- und Landkrankenkassen andererseits, erklärt der Bericht mit der höheren Krankheitsgefahr, geringerer Widerstandskraft der Industriearbeiter, und vor allem damit, daß Einschränkung und Stillegung von Betrieben die Krankheitsziffer auftreiben. Im Frieden bezogen 3 v. H. der Versicherten infolge Arbeitsunfähigkeit Krankengeld, 1924 lag diese Zahl zwischen 4 bis 5 v. H. und stieg bei einzelnen Kassen sogar bis 17 v. H. Arbeiterentlassung und Kurzarbeit entlasten das Lohnkonto, treiben aber das Versicherungskonto der Volkswirtschaft in die Höhe.

Die Wochenhilfe für versicherte Frauen und für Angehörige von Versicherten belastete 1924 das Reich mit rund 10 Millionen Mark, für 1925 wird mit 20 Millionen gerechnet.

Die interessantesten Zahlen der Denkschrift über die Invaliden- und Angestelltenversicherung und den Sozialetat 1924/25 lassen wir in zwei weiteren Aufsätzen folgen.

ft—.

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß.

In der ersten Sitzung des neuen Jahres sprach Genosse Stadtrat Tilch über „Das Jugendamt". Nachdem der Vortragende zunächst die Entwicklung zum Jugendwohlfahrtsgesetz geschildert, ging er dann ausführlich auf die Fürsorge und die einzelnen Abteilungen näher ein. So verbreitete sich der Redner eingehend über Mutterschutz, Säuglingspflege und Pflegekinder, dann über die Pflege schulpflichtiger Kinder. Die Adoptivvermittlung fand ebenso ihre Besprechung, wie auch die Erholungsfürsorge in Landheimen und die Fürsorge für mit körperlichen Gebrechen behafteten Kinder. Schließlich fand das Kapitel der Fürsorge für die schulentlassene Jugend seine volle Würdigung, die den mannigfaltigen Berufen zuzuführen ist. Der vorgerückten Zeit wegen konnte der Vortragende das größte dieses Gebietes, die Schutzaufsicht, die Fürsorgeerziehung und Jugendgerichtsgesetzgebung, nur noch in großen Umrissen kurz streifen. Hier harre der modernen Arbeiterschaft noch die meiste, schönste und größte Arbeit. Reicher Beifall lohnte den Referenten.

Eine rege Aussprache schloß sich dem Vortrage an, in der eine Anzahl Fälle aus der Praxis erörtert wurden, so u. a. in Bezug von Lehrlingsbeihilfen, während Genosse Oberstudiendirektor Dr. Ganzenmüller der Schaffung eines Arbeiterkindergartens das Wort redete. Die Frage der Errichtung von Arbeiterkindergärten fand eine Ergänzung durch die Genossin Landtagsabgeordnete Kunert, daß solche vom Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß im Entstehen sind, nur mangele es einstweilen noch an geeigneten Räumen.

Im Schlußwort des Genossen Stadtrat Tilch gab er die Anregung, einen Zyklus über „Jugend" zu veranstalten, worin sämtliche Phasen in Vorträgen besprochen werden sollen.

Das Auftauen von Wasserrohren.

Nachdem seit einigen Tagen wieder eine starke Kälte eingesetzt hat, ist auch die Gefahr eines Einfrierens von Wasserrohren, besonders an ungeschützten Außenwänden, wieder nahegerückt. Um sich vor Schäden zu bewahren, die oft kostspielige Reparaturen erfordern, ist in solchen Fällen ein sachgemäßes Auftauen der Rohre erforderlich. Dabei ist zu beachten, daß nicht die Mitte eines eingefrorenen Rohres zuerst aufgetaut werden darf, weil sonst die Ausdehnung des Wassers, das von beiden Seiten von Eis eingeschlossen ist, das Rohr leicht zum Platzen bringen kann. Am besten fängt man mit dem Auftauen bei dem von der Wasserleitung am entferntesten gelegenen Teile des Rohres an und öffnet gleichzeitig den Hahn, um festzustellen, wann das Wasser wieder zu laufen beginnt. Bei einem Abflußrohr muß man am unteren Ende anfangen, damit das Wasser ablaufen kann. Eine einfache und wirksame Methode besteht in der Verwendung von kochendem Wasser oder heißen Tüchern. Bei der nötigen Vorsicht kann man das Rohr auch erwärmen, indem man mit einer Lampe oder brennendem Papier mehrmals schnell daran entlangfährt. Bei unterirdischen oder anderen nicht gut erreichbaren Rohren muß man das Ende öffnen und eine kleine Röhre einsetzen. Durch einen Trichter gießt man dann kochendes Wasser in diese Röhre, schiebt sie in dem Maße weiter, wie das Eis schmilzt und zieht sie dann schnell heraus.

100 Jahre Provinzialschulkollegium.

Am 12. Januar beging das Provinzialschulkollegium Breslau die Feier des 100jährigen Bestehens dieser Schulbehörde durch eine Festsitzung im Oberpräsidium unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Zimmer. Nachdem Präsident Irmer von einem Danktelegramm des Ministers Kenninis gegeben hatte, sprach der Direktor des Provinzialschulkollegiums, Dr. Müller, über die 100jährige Geschichte der Provinzialschulkollegien:

Die Provinzialschulkollegien sind eine Mittelbehörde und können als solche nicht die Aufgabe haben, eigene schulpolitische oder pädagogische Programme aufzustellen. So steht heut das Provinzialschulkollegium mit der großen Schulreform von 1924 vor der letzten Wende von jener höheren Schule, die die 1825 begründeten Provinzialschulkollegien vorfanden, als der Geist der „allseitigen" Bildung herrschte, wie sie Johannes Schulze vertrat. Der Geschäftsbereich der Provinzialschulkollegien wird auch heut im wesentlichen umgrenzt durch jene Kabinettsordre vom 31. Dezember 1825, die das Provinzialschulkollegium aus dem Konsistorium als eine ausschließlich für die Verwaltung des höheren Schulwesens bestimmte Behörde aussonderte. Allerdings ist der äußere Rahmen für die Betätigung der Provinzialschulkollegien seitdem außerordentlich gewachsen, je mehr sich der Begriff der „höheren Schule" erweiterte. Es liegt jedoch im Wesen dieser Behörde begründet, daß sie ihre Tätigkeit, die mehr eine regelnde als eine schöpferisch-schaffende ist, im Stillen und ohne einschneidende Wirkungen für die Allgemeinheit ausübt; zugleich liegt es im Wesen der Kollegialverfassung, daß nicht ein einzelnes Mitglied in den Vordergrund tritt.

Dennoch ist die gewissenhafte Arbeit der Provinzialschulkollegien in dem ersten Jahrhundert ihres Bestehens von großem Einfluß auf den Gang unserer Volksbildung gewesen: Sie haben das Lehrerbildungswesen in Preußen gepflegt und zu hoher Blüte gebracht. So ist nicht zuletzt ihrer Tätigkeit der anerkennenswerte Hochstand der preußischen Volksbildung zu danken. Sie haben das Gute, das der Einzelschule entsprang, der Gesamtheit zugänglich gemacht und so besonders durch die Reifeprüfungen einen normierenden und erhaltenden Faktor der höheren Schule gepflegt. Sie haben durch Ausbildung eines geeigneten Lehrernachwuchses und durch gewissenhafte Auswahl der leitenden Persönlichkeiten der Schule und dem Volksganzen gedient. Und schließlich haben sie immer ein Ziel ihrer Verwaltungsarbeit darin gesehen durch Neugründung, Ausbau und Umformung neu Anstalten die heimatlichen Interessen mit denen der Allgemeinheit abwägend zu verknüpfen.

Diese Pflicht des Ausgleichs wird in Zukunft eine Hauptaufgabe der Provinzialschulkollegien sein. Ausgleich zwischen dem Eigenleben der Schule und der kulturellen Einheit des Bezirks; treten doch in Zukunft an die Stelle der allgemein gültigen Lehrziele und Lehraufgaben die Sonderlehrpläne der einzelnen Anstalten! Bei den erhöhten wissenschaftlichen und pädagogischen Anforderungen, die die Reform an die Lehrkräfte der höheren Schulen stellt, wird das Provinzialschulkollegium auf die Weiterbildung der Lehrkräfte besonders bedacht sein müssen; daher strebt das hiesige Provinzialschulkollegium für Breslau die Schaffung eines Instituts zur Fortbildung der höheren Lehrerschaft an. Ist doch auch unsere Provinz jetzt in erhöhtem Maße Grenzland geworden und bedarf daher um so mehr der Stärkung kulturellen Lebens. Das neue Jahrhundert seines Bestehens wird das Provinzialschulkollegium Breslau im Dienste dieser Aufgabe finden.

Dr. L.

Dachstuhlbrand am Lehmdamm.

Gestern mittag gegen ½2 Uhr wurden die Wachen der hiesigen Feuerwehr von drei Stellen aus nach dem Eckhaus Lehmdamm-Adalbertstraße alarmiert, in dem ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war, der ziemlich ausgedehnten Umfang aufwies. Drei Löschzüge der Wehr waren notwendig, um den Angriff auf das Feuer wirksam durchzuführen. Es waren dies der Löschzug 4 von der Danziger Straße, sowie die Löschzüge 1 und 3 von der Elbingstraße, die bald nach dem Alarm an dem Brandort erschienen. Das Feuer, das in den nach der Adalbertstraße zu gelegenen Bodenkammern seinen Herd hatte, zog sich unter dem Dache und dem Eckturm herum nach der Lehmdammseite des Hauses zu. Es verursachte eine beträchtliche Rauchentwicklung, die in den umliegenden Straßen durch den [illegible] Brandgeruch und die abziehenden Rauchschwaden weithin zu beobachten war. Der starke Qualm erschwerte auch in außerordentlicher Weise die Arbeiten der Mannschaften, die mit Rauchmasken gegen das Feuer vorgehen mußten. Der Angriff der Wehr erfolgte sowohl von den beiden Treppenaufgängen als auch von drei Magirusleitern aus, sodaß im ganzen fünf Schlauchleitungen zur Bekämpfung des Feuers in Tätigkeit waren. Die um den Brandherd liegenden Bodenkammern sind naturgemäß vollständig ausgebrannt. Die umliegenden Wohnungen, besonders auch eine Notwohnung, hatten unter dem Brande sowie unter dem eindringenden Wasser stark zu leiden. Dachkammerlücken, Ziegel, der ausgebrannte Hausrat und sonstiger Inhalt der vom Feuer zerstörten Bodenkammern wurde durch die Dachfenster auf den Hof befördert. Die Aufräumungsarbeiten der Wehr, die erst nach 1½ Stunden des Brandes Herr werden konnte, dauerten bis in die späten Nachmittagsstunden. Die Entstehungsursache des ausgedehnten Dachstuhlbrandes ist darin zu suchen, daß versucht worden war, die Wasserleitung der auf dem Boden gelegenen Waschküche mit Spiritus aufzutauen. An der Brandstelle waren Branddirektor Kaiser, Stadtrat Scholz, sowie die Brandingenieure Stude und Fack anwesend. Selbstverständlich fehlte auch nicht das überaus zahlreiche und neugierige Publikum, das von der Polizei in nötiger Entfernung von der Brandstelle gehalten werden mußte. Die Entstehungsursache des Feuers ist durch Auftauen der Wasserleitung in der Waschküche mit Spiritus entstanden.

Beschleunigte Erledigung von Prozessen.

Angesichts der zurzeit durch die ungünstige Wirtschaftslage bedingten Kapitalnot besteht für den Gläubiger und den Schuldner ein dringendes Interesse an baldiger Klärung von Zweifeln über den Bestand und den Umfang von Forderung und Schuld. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst“ mitteilt, hat sich der Justizminister deshalb veranlaßt gesehen, den Gerichten eine beschleunigte Erledigung der Prozesse unter äußerster Anspannung der Arbeitskraft zur Pflicht zu machen. Insbesondere sollen die Sitzungstage durch Anberaumung einer möglichst großen Zahl von Sachen stets voll ausgenutzt werden. Die Gerichte sollen sich nötigenfalls auch zur Ansetzung außergewöhnlicher Sitzungstage entschließen. Der Justizminister hat ferner darauf hingewiesen, daß der Erlaß von Teilurteilen den Gerichten bei bestimmter Prozeßlage durch die Zivilprozeßordnung vorgeschrieben und nicht etwa nur in ihr Ermessen gestellt ist.

Schwerer Diebstahl.

Immer wieder erscheint der bekannte 34jährige Geschäftsreisende Alois Fleischer vor den Schranken des Gerichts, um sich wegen Eigentumsvergehens zu verantworten. Fleischer ist bekanntlich derjenige, der wiederholt im Zusammenhange mit der Mordaffäre Rosen genannt wurde. Er ist schon erheblich vorbestraft, darunter mit vielen Jahren Zuchthaus; gegenwärtig verbüßt er 2½ Jahre Zuchthaus. Jetzt stand er vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Er bestritt zwar, wie immer, etwas mit der Tat zu tun zu haben, aber sein Komplice, der Bäcker Franz Schen, hatte ihn verraten, indem er vor der Polizei gestanden hatte, daß er und Fleischer den in Frage kommenden Diebstahl ausgeführt hätten. In der Nacht zum 3. April v. Js. hatten sie ein Zigarrengeschäft auf der Höfchenstraße 95 erbrochen und daraus Zigarren und Zigaretten von erheblichem Werte gestohlen. Die Waren waren mit einem Handwagen weggeschafft worden. Später hatte man Schen beim Verkauf von Zigaretten ermittelt und ihn festgenommen. Obwohl auch Schen schon vorbestraft ist, wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt und er zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Fleischer wurden mildernde Umstände versagt; er wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Letzterer war über die Belastung durch seinen Komplizen so aufgeregt, daß er diesen, während sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, verprügeln wollte.

Die Auskunftei „Soll und Haben“.

Anfang vorigen Jahres wollte ein Kaufmann in Berlin eine Auskunft über einen Geschäftsmann in Nittritz bei Glogau erlangen und richtete deshalb ein dementsprechendes Ersuchen an die Auskunftei „Soll und Haben“ in Berlin. Dessen Inhaber, der Kaufmann Rollhein, wandte sich brieflich an den Gemeindevorsteher in Nittritz, bat ihn um Auskunft über den betreffenden Geschäftsmann und forderte ihn auf, die Angelegenheit vertraulich zu behandeln. Der Gemeindevorsteher hatte aber den Brief nicht erhalten und so bekam R. keine Antwort. Eines Tages wurde der Gemeindevorsteher an das Telephon des Dorfkretschams gerufen, wo R. von Berlin Auskunft haben wollte. Der Gemeindevorsteher, der etwas schwer hört, nahm sich zur besseren Erledigung einen Bekannten mit. Doch daraus, daß nun schon mehrere Personen darum wußten, daß über den Geschäftsmann eine Auskunft eingeholt worden sei, entwickelten sich allerhand Gerüchte, die den Geschäftsmann sehr empörten, was er auch dem Berliner Kaufmann mitteilte. Als dieser den Brief erhielt, war er entsetzt über die indiskrete Behandlung der Angelegenheit durch die Auskunftei und kündigte bei dieser sofort sein Jahresabonnement. Das war für Rollhein ein empfindlicher Verlust. Alle Schuld daran maß er dem Gemeindevorsteher zu, der eines Tages einen geharnischten Brief von R. erhielt, worin er ihn aufforderte, ihm einen Schadenersatz von 1800 Mark zu leisten, denn er sei als Amtsperson nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch dazu verpflichtet, solche Auskünfte vertraulich zu behandeln. Sollte er sich aber weigern, den Schadenersatz zu zahlen, so werde er dem Regierungspräsidenten die Sache unterbreiten, sie der Presse zur Veröffentlichung zustellen und eventuell auch den Justizminister in Kenntnis setzen. Der Gemeindevorsteher ließ den Brief unbeantwortet. Da kam nach einiger Zeit ein zweiter Brief von R., worin er mit dem Staatsanwalt drohte. Doch nun nahm der Gemeindevorsteher beide Briefe und übergab sie der Staatsanwaltschaft, die gegen R. Anklage wegen versuchter Erpressung erhob. Das Schöffengericht in Grünberg verurteilte R. wegen fortgesetzter versuchter Erpressung an Stelle einer Gefängnisstrafe von einem Monat zu 300 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil hatte sowohl der Verurteilte, als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Strafkammer in Glogau vertrat den Standpunkt, daß eine so schwere Tat nicht durch Geldstrafe zu sühnen sei und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Rollhein legte gegen dieses Urteil Revision beim Oberlandesgericht in Breslau ein. Er war selbst zu der Verhandlung erschienen. In seiner Revisionsschrift führt er aus, daß er der Meinung gewesen sei, der Gemeindevorsteher habe die Angelegenheit nicht diskret behandelt und deshalb sei er für den Schaden verantwortlich zu machen. Wenn er eine Schadenersatzklage gegen diesen angestrengt hätte, würde er nach seiner Meinung bestimmt verurteilt worden sein. Der Staatsanwalt kam zur Verwerfung der Revision, aber er betonte, daß eine Schadenersatzklage gar nicht in Frage kommen könne. Auch als Amtsperson scheide der Gemeindevorsteher aus. Selbst wenn R. in gutem Glauben gehandelt hätte, liege objektiv in der Androhung mit verschiedenen Uebeln eine versuchte Erpressung vor. Der Vorderrichter habe aber ausdrücklich festgestellt, daß R. nicht in gutem Glauben gehandelt habe. [illegible] durch eine Gefängnisstrafe erreicht werden.

Beseitigung von Hoheitszeichen auf Akten.

Es gibt in der deutschen Republik bekanntlich immer noch Beamte, die sich nicht an die neuen, durch die Umwälzung herbeigeführten Verhältnisse gewöhnen können. Wir haben vor kurzem erst auf einige Fälle aufmerksam gemacht, wo nach achtjährigem Bestehen der Republik von „königlich“ preußischen Behörden gesprochen wurde. In einem Runderlaß weisen nun der preußische Minister des Innern und der preußische Finanzminister erneut darauf hin, daß zu den Vordrucken, bei denen das Wort „königlich“ zu beseitigen ist, auch Aktendeckel (Hüllen, Umschläge, Blattsammlungen) gehören. Die Minister ersuchen die Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, daß auf allen Akten, die nicht bereits am 9. November 1918 abgeschlossen waren, die früheren Hoheitsbezeichnungen, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, unverzüglich in geeigneter Weise beseitigt werden. Akten dieser Art dürfen erst nach Berichtigung jenes Vordrucks in den Geschäftsgang gelangen.

Die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle.

Im Dezember sind bei der städtischen Preisprüfungsstelle, Blücherplatz 6/7 (Fernsprecher 40271—73), 56 Beschwerden von Privatpersonen und 15 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen. Polizeipräsidium und Gerichtsbehörden haben 265 Gutachten erfordert, 20 Eingänge wurden an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Erledigt wurden (einschließlich Sachen aus Vormonaten) 42 Beschwerden von Privatpersonen, 10 Anfragen auswärtiger Behörden und 243 Gutachten für Polizei und Gerichte. Die Anzeigen und Beschwerden richteten sich in der Hauptsache gegen Leistungswucher jeder Art, insbesondere zu hohe Mietsforderungen für Wohn- und Geschäftsräume, sowie übermäßige Abstandssummen bei Geschäftsverkäufen, ferner übermäßige Zinsforderungen, besonders durch private Darlehnsgeber, zu hohe Provisionsforderungen, endlich Ueberforderungen für handwerksmäßige Leistungen. Die Anzeigen und Beschwerden wegen Preiswuchers betrafen hauptsächlich verschiedene Gebrauchs- und Haushaltungsgegenstände, Bekleidung, Kolonialwaren, Butter, Gemüse und Obst, sowie Speisen- und Getränkepreise in Gastwirtschaften. Die Preisprüfungsstelle macht darauf aufmerksam, daß Antwort an die Beschwerdeführer nur dann erteilt werden kann, wenn Freimarken dafür beigefügt werden.

Von der Feuerwehr.

Am 12. Januar, vormittags ¾9 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Alte Friedrichstraße 24 alarmiert. Durch grobe Fahrlässigkeit beim Eingießen von Autoöl in die Kesselfeuerung war das vorbeigegossene Oel, die Umgebung des Kessels und die Kellertreppe in Brand geraten. Zur Bekämpfung des Feuers mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden. — Kurz vor 1 Uhr mittags wurde die Feuerwehr nach Schießwerderstraße 15 geholt. In einem im Keller gelegenen Fournierlager war durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Petroleumlampe die aus Sackleinwand bestehende Rohrverpackung und Holzwolle in Brand geraten. — Kurz vor 6 Uhr nachmittags mußte die Feuerwehr nach Alsenstraße 48 ausrücken. In einem im 1. Obergeschoß gelegenen Badezimmer brannten ein Kleiderschrank mit Kleidern, Kisten mit Zigarren, Korbflaschen mit Likör, ein Fahrrad und Wäsche. Der Brand ist auf eine unverschlossen gebliebene Oeffnung in einem Schornstein zurückzuführen. Das Feuer konnte mit dem kleinen Löschgerät gelöscht werden. — Am 13. Januar, vormittags kurz vor 6 Uhr morgens, brannte Matthiasstraße 95 in einem Badezimmer ein Teil des Fußbodens und der Zwischendecke. Hier war die Entstehungsursache auf unsachgemäße Aufstellung des Badeofens zurückzuführen. Nach Freilegung der brennenden Teile wurde das Feuer mit der Eimerspritze gelöscht.

Der öffentliche Arbeitsnachweis im Dezember.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich am Ende des vergangenen Jahres außerordentlich verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist von 23 924 im November auf 29 595 im Dezember gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen 430 (464) Arbeitsuchende. Am Schluß des Monats waren noch 22 603 (16 952) Arbeitsuchende und 272 (277) offene Stellen dem Arbeitsnachweis verfügbar. Bei den männlichen Berufsgruppen wurden 97 vom Hundert von 4132, bei den weiblichen 81 vom Hundert von 2092 gemeldeten offenen Stellen besetzt. Auf 100 offene Stellen kamen in der Landwirtschaft 168 (141), in der chemischen Industrie 1710 (922), in der Lederindustrie 2068 (964), im Holzgewerbe 3114 (1220), im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 531 (412), im Bekleidungsgewerbe 6603 (789), im Baugewerbe — ohne Hilfsarbeiter — 9100 (1292), im Vervielfältigungsgewerbe 602 (189), in der Gast- und Schankwirtschaft 191 (169), im Verkehrsgewerbe 2826 (823), bei der Lohnarbeit wechselnder Art — einschließlich Forstarbeiter — 229 (374) und bei den Angestelltenberufen 1112 (1080) Arbeitsuchende. Von 417 Kriegsverletzten konnten 31 vermittelt werden. Bei dem Arbeitsnachweis für die Metallindustrie wurden im Dezember 5980 (4752) bei dem Arbeitsnachweis Breslau-Land 4218 (1997) Arbeitsuchende gezählt. Diese Zahlen sind in dem vorstehenden Bericht nicht enthalten.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 3 (Odertor). Heute Donnerstag, Treffen der jüngeren Gruppe zum Spiel. — Freitag: Basteln der Jungen. — Sonntag treffen sich alle, die Ostern die Schule verlassen, um ½9 Uhr am Waterlooplatz zum Gang ins Gewerkschaftshaus.

Arbeiter-Jugend.

Wer Lust am Geigenspiel hat, meldet sich heute abend um ½8 Uhr im Büro, Zimmer 70, Gewerkschaftshaus.

Heim 17. Freitag spricht Genosse Reinhold Zimmer über das Thema „Wie wandern wir?“ Anschließend Aussprache. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Die Heimabend-Sperre ist aufgehoben. — Sonntag nachmittags 2 Uhr, Funktionärsitzung. Tagesordnung: „Unsere Heimarbeit“.

Der Chor muß heute abend ausfallen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Freitag, den 15. Januar, trifft sich der Kartellvorstand um 6½ Uhr im Büro des Holzarbeiter-Verbandes, Gewerkschaftshaus. Ebenso treffen sich Freitag, den 15. Januar, alle Funktionäre des Kartells, abends um 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause, um geschlossen an dem Lichtbildervortrag des Dr. Rose über „Berufsberatung“ teilzunehmen. Sonntag ist im Gewerkschaftshause, vormittags 10 Uhr, eine Unterbezirkskonferenz.

Holzarbeiter-Jugend. Donnerstag, den 14. Januar, findet im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses unsere Arbeitsgemeinschaft statt. Alle Funktionäre und auch die Jugendkassierer müssen erscheinen.

Graphische Jugend. Sonntag besichtigen wir das Gaswerk Dürrgoy.

* **Stadttheater (Opernhaus).** Heute, Donnerstag, 7½ Uhr, gelangt Lortzings romantische Zauberoper „Undine“ in der Neuinszenierung von Kurt Becker-Huert mit Helene Makowsky in der Titelpartie zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Ernst Hoffmann. Morgen, Freitag, 7½ Uhr: „Jabuka“ von Johann Strauß in der Inszenierung von Professor Turnau. Als 9. Vorstellung im Abonnement wird am Sonnabend in vollständiger Neueinstudierung und Neuinszenierung Beethovens „Fidelio“ gegeben. Sonntag, vormittags 11½ Uhr, findet zu kleinen Preisen (30 Pf. bis 2,30 Mark) der erste Tanzvormittag im Zyklus „Der Tanz im Wandel der Zeiten“ statt. Der Sonntagnachmittag bringt bei ermäßigten Preisen eine Aufführung von Wagners „Der fliegende Holländer“, abends 8 Uhr wird die komische Oper „Das verfemte Lachen“ von Fritz Cortolezis wiederholt. Der Vorverkauf für die drei Sonntagsvorstellungen beginnt heute.

* **Lobetheater.** Heute und morgen finden die letzten Aufführungen von Ortners „Michael Hundertpfund“ in der Besetzung der Erstaufführung statt. Sonnabend beginnt Asta Nielsen ihr Gastspiel als Rita Cavallini in dem gleichnamigen Stück von Sheldon. Um allen Bewunderern der berühmtesten Filmschauspielerin Gelegenheit zu geben, Asta Nielsen auch persönlich kennen zu lernen, werden die Preise bei diesem Gastspiel nicht erhöht. Sonntag nachmittag gelangt das reizende Kindermärchen „Schneewittchen“ zu kleinen Preisen zur Darstellung.

* **Thaliatheater.** Ludwig Stössel setzt bis einschließlich Sonntag, den 17. dieses Monats, sein Gastspiel als Papo in Impekoven und Reimanns Schwank „Der Igel“ fort. Sonntag nachmittag zu kleinen Preisen: Goethes „Geschwister“ und Mells „Apostelspiel“.

* **Schauspielhaus** (Operettenbühne). Der große Operettenerfolg „Die Teresina“ von Oskar Straus gelangt allabendlich in der erfolgreichen Premierenbesetzung mit Elli Leux, Walter Jankuhn, Julius Brandt, Hilde Lesser, Ino Wimmer, Ernst Wendler in den Hauptrollen zur Aufführung. Sonntag nachmittag: „Der Orlow“ mit Walter Jankuhn.

* **Viktoriatheater.** Nur noch zwei Tage 8¼ Uhr der dreiaktige tolle Schwank: „Zwangseinquartierung“ von Bach und Arnold mit Jean Blazheim. Sonnabend Premiere 8¼ Uhr: „Die schwebende Jungfrau“, Schwank in drei Akten von Bach und Arnold. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, bei halben Preisen das volle Abendprogramm.

* **Der Zirkus Straßburger** erzielt mit seinem sensationellen Spielplan fortgesetzt volle Häuser und durchschlagende Erfolge. Billetts bei Barasch und täglich ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen an den Zirkuskassen.

* **Ball der Presse.** Die Festleitung des Balles der Presse teilt mit, daß sie bezüglich der Verkehrsfrage umfassende Vorbereitungen getroffen hat, um Bedenken gegen die Entfernung zwischen Lunapark und Stadtinnern auszuschalten. Außer dem Straßenbahnverkehr der Linie 4, der für den Abend naturgemäß verstärkt werden wird, ist zwischen der Endstation der Linie 4 und dem Lunapark ein ausreichender Autoomnibusverkehr des „Kraftverkehrs Schlesien A.-G.“ zu billigsten Preisen vorgesehen. Dieser Autobusverkehr wird für die Heimkehr in der Nacht zu einem Pendelverkehr Lunapark—Ring erweitert. Die sonstigen Vorbereitungen sind in weiterem günstigen Fortschreiten begriffen. Näheres über das Programm wird demnächst veröffentlicht werden. Der Verkauf der Karten beginnt Montag, den 18. Januar, an neun Stellen, an denen auch die Listen zur Einzeichnung ausliegen. Diese Verkaufsstellen werden in den Sonntagsausgaben der Breslauer Tageszeitungen bekannt gegeben.

* **Tief gesunken.** Der einstige sozialdemokratische Redakteur Hans Gathmann ist nach seinem Abbau aus unserem Betriebe bekanntlich zum gehässigsten Gegner der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften geworden, die er wiederholt öffentlich anpöbelte. In letzter Zeit ernährt er sich als Redakteur der „Nachtpost“. Da wir einigen auswärtigen Redaktionen, die Gathmann immer noch für einen ehrenhaften sozialdemokratischen Journalisten hielten, davon Mitteilung machten und auch sonst die Skandalpresse vom Schlage der „Nachtpost“ nicht geschont haben, hat uns Gathmann jetzt mit einem Drohbrief beehrt, in dem er uns mitteilt, daß ihm „in Zukunft jedes Mittel recht“ gegen uns sein werde und verschiedene — unwahre — „Enthüllungen“ ankündigt. Da wir auf solche und ähnliche Drohungen hin unsere Beurteilung der Skandalpresse nicht gut ändern können, haben wir gegen Gathmann jetzt Anzeige wegen Nötigung bezw. Erpressung erstatten müssen.

* **Vortrag.** Frau Dr. Emanuele Meyer, die rühmlichst bekannte Frauenärztin und Schriftstellerin, ist auf ihrer Vortragsreise durch das Reich und durch Schlesien von der Ortsgruppe Breslau des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur zu einem Frauenvortrage in Breslau gewonnen worden, der auch für reifere Jugendliche besonders wertvoll sein dürfte. Näheres siehe Inserat und Anschlagsäulen, Vorverkauf bei Hisgen, Schloßohle 4.

* **Riesengebirgsvortrag.** Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, findet im Vortragssaale des Kunstgewerbemuseums eine gemeinsame Sitzung des Kunstgewerbevereins für Breslau und die Provinz Schlesien und des Schlesischen Altertumsvereins statt. Herr Dr. Günther Grundmann aus Warmbrunn hält einen Vortrag mit Lichtbildern über „Das Riesengebirge in bildlichen Darstellungen aus drei Jahrhunderten.“ Gäste sind willkommen.

* **Wiedereröffnung der Stadtgraben-Eisbahn.** Der anhaltende Frost hat bereits zur Neubildung einer starken Eisdecke auf dem Stadtgraben geführt. Die Dicke des Eises betrug gestern 10—11 Zentimeter. Es ist daher damit zu rechnen, daß am heutigen Tage die vorschriftsmäßige Stärke von 13 Zentimetern erreicht ist und die Stadtgraben-Eisbahnen wieder eröffnet werden können. Die Eisbahn an der Liebichshöhe, die der Breslauer Eislaufverein im Betrieb hat, wird durch ganz besondere Aufwendungen, insbesondere durch ständiges Hobeln, in gutem Zustande gehalten. Es stehen vier große Eishobel dafür zur Verfügung. Auch Ueberspritzungen mit Wasser sind vorgesehen. Es werden täglich Abendkonzerte stattfinden, Sonntag auch mittags. Während des vorangegangenen Tauwetters ist ferner ein Anschnallraum auf der öffentlichen Bahn zur Benutzung für jedermann an dem Eingang Taschenstraße errichtet worden, der in einem Teile seines Innern eine Kantine beherbergt.

* **Rohrbruch im Stadttheater.** Gestern, vormittags gegen 9 Uhr, wurde die Hilfe der Feuerwehr bei einem größeren Wasserrohrbruch im Stadttheater in Anspruch genommen. Da die Keller voll Wasser gelaufen waren, mußten sie mit Hilfe der Wasserstrahlpumpe leer gepumpt werden. Erst gegen 3 Uhr nachmittags war diese Arbeit beendet. Die Instandsetzung des gebrochenen Wasserrohres durch die Rohrnetzbetriebe erfolgte im Laufe des Nachmittags, so daß rechtzeitig mit der Vorstellung begonnen werden konnte.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 13. Januar 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Sehr ruhig. Auswuchsfreies, schweres, für Exportzwecke geeignetes Brotgetreide wird höher bezahlt. — Oelsaaten: Bis auf Senfsamen ruhig. — Sämereien: Rotklee fest, Weißklee matter, Schwedenklee fest. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):
mittlere Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	13.	12.	Oelsaaten	13.	12.
Weizen, neuer	22,30	22,30	N. Winterraps	34,—	—
Roggen	14,80	14,80	Leinsamen	34,—	—
Hafer, neuer	15,00	15,00	Senfsamen neu	64,—	—
Braugerst. neu	18,00	18,00	Hanfsaat	21,—	—
Winter-Gerste	15,50	15,50	Mohn, blau neu	88,—	—

Sämereien Landware (für 50 kg).

	geringe	mittlere	gute		geringe	mittlere	gute
Rotklee	—	70	100	Timothy	—	20	30
Weißklee	—	40	70	alles seidefrei			
Schwed. Klee	—	50	75	Raygras	—	—	—
Gelbklee	—	20	30	Seradella, alt	—	—	—
Inkarnat, neu	—	—	—	Seradella, neu	—	—	—

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewährleisteter Reinheit und Keimfähigkeit entsprechend höher. Alles letzte Ernte und inländische Saaten, außer Luzerne.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	13.	12.		13.	12.
Weizenmehl *	34,50	* 34,50	Auszugmehl	40,00	41,00
Roggenmehl *	23,50	* 23,75			

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, SPD., Ortsgruppe Rosenthal!

Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr, findet in Rosenthal, bei Owitzko (Scharfe Ecke), eine

Mitgliederversammlung

statt. Es ist Pflicht jedes Parteimitgliedes, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand der SPD., Ortsgruppe Rosenthal.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein Cawallen-Friedewalde.

Freitag, den 15. Januar: Monatsversammlung. Alle Kameraden haben zu erscheinen. Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Achtung, Kreistagsabgeordnete im Kreise Neumarkt!

Sonntag, nachmittags um 1 Uhr in Neumarkt, Lokal zum „Gelben Löwen“, Zusammenkunft aller Abgeordneten. Es sind wichtige Fragen zu besprechen, deshalb ist unbedingtes Erscheinen notwendig. Die in der gestrigen Zeitung angegebene Zeit ist aus technischen Gründen also hinfällig. J. A.: G. Schiffer.

Carlowitz. Aus der Gemeindevertretung. Es standen folgende Sachen zur Verhandlung: 1. Bericht über die Maßnahmen der Wohlfahrtskommission, betreffend die gewährten Weihnachtsunterstützungen. Er wurde zur Kenntnis genommen. Die später eingelaufenen Anträge sollen der Wohlfahrtskommission zur Prüfung überwiesen werden. 2. Wiedereinführung von Kinderspeisungen bis Ende des Sommerhalbjahres. Der Antrag wurde genehmigt und eine Kommission gewählt, die das weitere veranlassen soll. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die Kinder der Erwerbslosen weitgehendst zu berücksichtigen sind. 3. Antrag wegen Ausführung von Notstandsarbeiten durch Erwerbslose. Unsere Gemeinde hatte schon im vorigen Jahre einen Antrag betreffs Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten eingereicht. Er ist wegen der großen Arbeitslosigkeit in unserem Orte überholt, und es wird ein neuer Antrag gestellt. Es sollen sofort Bodenbewegungen an den neuerbauten Häusern vorgenommen werden, desgleichen eine gründliche Reinigung der Kanalisation. Wenn Mittel bereitgestellt sind und milderes Wetter eintritt, soll mit der Anlegung eines Schmuckplatzes am Wasserturm begonnen werden, desgleichen mit der Ausbesserung unserer Fußwege und der Neuanlegung von Radfahrwegen. 4. Gewährung von Unterstützung an Erwerbslose. Es waren verschiedene Anträge eingegangen. Verlangt wurde dieselbe Unterstützung wie zu Weihnachten. Der Gemeindevorsteher wies darauf hin, daß Gelder nicht vorhanden seien und daß doch die Gemeinde zu Weihnachten recht reichlich gegeben hätte. Hier müsse der Kreis mehr Mittel zur Verfügung stellen. Da aber noch Holz und Kohle im Besitz der Gemeinde sind, wurde beschlossen, an bedürftige Einwohner wie Erwerbslose für Monat Januar je zwei Zentner Kohle und einen Zentner Holz zu verabfolgen. Wir stellten auch den Antrag, man solle den Erwerbslosen Mietsentschädigungen zahlen. Er wurde nicht direkt abgelehnt, aber zurückgestellt. Ein Antrag auf Zulassung des Erwerbslosenrates zu den Sitzungen der Wohlfahrtskommission wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt. 5. Antrag Krug wegen Benutzung der Straße an den neuerbauten Wohnhäusern. Da die Straße nicht fest angelegt wird, wurde der Antrag abgelehnt. 6. Anschaffung eines Desinfektionsapparates für die Gemeindeschwestern. Es soll nochmals Rücksprache mit dem Kreisarzt genommen werden, jedoch soll ein Apparat angeschafft werden. 7. Bauangelegenheiten. Es wurden zwei Anträge zwecks Aufstellung von Zäunen genehmigt. Unter „Verschiedenem“ wurde angefragt, wie es mit Pelzmänteln für die Wächter steht. Es sollen welche angeschafft werden. Dann wurde noch bekannt gegeben die günstige Gelegenheit zur Erwerbung eines preiswerten Grundstückes in unserem Orte. Es soll mit dem Kreis darüber verhandelt werden. Nach Erledigung kleinerer Sachen wurde die Sitzung geschlossen. Hoffen wir, daß die Arbeiterschaft von Carlowitz dasselbe Interesse an den Sitzungen behält, auch wenn sie nicht mehr erwerbslos ist!

Carlowitz-Schottwitz. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Am Sonntag, den 17. Januar, um ½10 Uhr vormittags, findet im Lokal „Corsogarten“ in Carlowitz die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Sämtliche Mitglieder haben bestimmt zu erscheinen.

Bettlern. Eine außerordentliche Gemeindevertretersitzung. Unsere Gemeinde hat in Anbetracht der vielen Wohnungssuchenden ein Siedlungshaus für 10 Wohnungssuchende gebaut. Am 11. Januar hat die Verteilung der Wohnungen stattgefunden. Um 7 Uhr war die Sitzung einberufen worden, um 6 Uhr mußten einige Mitglieder von den Bürgerlichen zusammengetrommelt werden. Da sich zu der Sitzung viele Gemeindemitglieder eingefunden hatten und dem Gemeindevorsteher etwas warm geworden war, als er die vielen Leute sah, wurde er sich wohl doch bewußt, daß die Sache nicht nach seinem Wunsche gehen würde. Er versuchte ihnen die Türe zu weisen, worauf ihm die nötigen Antworten erteilt wurden und die Anwesenden doch nicht das Lokal verließen. Um 8¼ Uhr endlich wurde die Sitzung eröffnet. Bei Punkt 1 der Tagesordnung gab er Bericht über die Gestehungskosten des Baues. Punkt 2 behandelte Festsetzung der Mieten und Verteilung der einzelnen Wohnungen. Dabei stellte sich heraus, daß die Verteilung auf ganz ungerechte Weise vor sich gegangen war. In erster Linie sind die Besitzer bevorzugt worden, die zu ihrer Bequemlichkeit auf Kosten der Wohnungssuchenden sich eine Wohnung frei machen ließen, die ihrerseits natürlich in den Neubau ziehen sollten. Unsere Wohnungskommission schafft lieber den Besitzern Bequemlichkeiten als ihren weniger bemittelten Volksgenossen. Werden Staatszuschüsse bezahlt für Siedlungsbauten zur Behebung der Wohnungsnot oder für die Herren Stellenbesitzer? Ihr Wohnungssuchenden von Bettlern, seid auf der Hut und paßt auf, sonst könnt ihr noch lange auf Wohnungen warten! Was sagt übrigens das Mieteinigungsamt zu dieser Sache

Neumarkt. Betriebsstillegung. Die hiesige Zementwarenfabrik Janke hat den Betrieb geschlossen. Obwohl der Kreis Neumarkt wenig mit industriellen Anlagen durchsetzt ist, beabsichtigen weitere Neumarkter, Maltscher und Lissaer Firmen, ihre Betriebe stillzulegen, sodaß die für den Kreis schon außerordentlich hohe Zahl der Arbeitslosen nicht unbeträchtlich vermehrt werden würde.

Canth. Parteimitgliederversammlung Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr, bei Bahr. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, ist es Pflicht jedes Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Aus Schlesien.

Trebnitz. Glück im Unglück. Im Betriebe der Firma G. Jancke verunglückte ein Lehrling dadurch, daß er beim Auflegen eines Riemens auf die Transmission vom Riemen erfaßt und von der Transmission herumgeschleudert wurde. Nachdem die Maschine zum Stillstand gebracht worden war, wurde der Lehrling aus seiner gefährlichen Lage befreit, indem ihm die Kleider mit dem Messer durchschnitten wurden. Seiner geringen körperlichen Größe und der Entfernung zwischen Transmission und Decke hat der Lehrling es zu verdanken, daß er mit dem Schrecken davonkam.

Strehlen. Bei den Kreisausschußwahlen wurden in der ersten Kreistagssitzung gemäß den beiden vorliegenden Wahlvorschlägen folgende Kreistagsmitglieder gewählt: Schreiber, Müller, Burkert, Buch, Dr. Schenke und Graf Saurma-Glambach.

Klein-Leubusch. Eigenartige Volkserzieher scheinen drei Lehrer an der Volksschule zu sein. Mit ihrem Verhalten mußte sich die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigen. Der Rektor Hofbauer sowie sein Schwiegersohn, Lehrer Sommer, überboten sich durch ihr übermäßiges Trinken und Spielen. Verschlimmert wurde dieser Zustand noch dadurch, daß seit einiger Zeit ein dritter Lehrer, Marks, dort weilt, der nicht besser ist als seine Kollegen. Jetzt kam bei Marks Säuferwahnsinn zum Durchbruch und Hofbauer ist körperlich vollständig zusammengebrochen, so daß seine Beurlaubung erfolgen mußte. Es ist dringend zu erwarten, daß baldigst eine andere Besetzung der Stellen vorgenommen wird und dies gerade deshalb, weil man nicht begreifen kann, daß die genannten Zustände solange unbeachtet blieben.

Brieg. Unterschlagungen bei einer Posthilfsstelle. Der Postarbeiter Paul Pollak bei der Posthilfsstelle Konradswaldau hat Postgelder unterschlagen und ist flüchtig geworden. Es ist bisher nicht gelungen, des Täters habhaft zu werden.

Lauban. Bei einer Butterrevision auf dem Wochenmarkte wurde bei mehreren Verkäuferinnen ebenso wie in Görlitz ein Mindergewicht festgestellt. Einige Verkäuferinnen, die das Unheil kommen sahen, zogen es vor, den Markt schleunigst zu verlassen.

Görlitz. Die Scheidemann-Versammlung am Montag abend in der Stadthalle hatte sich eines derartig starken Besuches zu erfreuen, daß schon tagelang vorher alles ausverkauft war. Das Erwerbslosenproblem und die Fürstenabfindung wurde von Genossen Scheidemann in treffender Weise behandelt. Als der Redner mit den Hohenzollern abrechnete, hielten es zwei Deutschnationale nicht mehr aus und verließen den Stadthallensaal. Wahrscheinlich hatten sie genug von ihrem Landesherren gehört.

Görlitz. Die Ruhestörungen in der Altstadt wiederholen sich fast jede Nacht. Gestern nacht brüllten und schlugen sich mehrere Personen dermaßen auf der Neißestraße herum, daß alle Bewohner aus dem Schlaf geweckt wurden und, entsetzt über den Lärm, aus den Fenstern sahen. Erst als die Polizei erschien und die Radauhelden abtransportierte, wurde es auf der Neißestraße etwas ruhiger. Noch schlimmer benahmen sich aber andere Alkoholgeister auf der Brüderstraße. Hier waren etwa 15 Personen in eine große Schlägerei verwickelt, wobei es auch nicht ohne wüstes Geschrei und blutige Verletzungen abging. Als Beamte der Schutzpolizei erschienen, wurden diese angegriffen. Als die Beamten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch zu machen drohten, verdufteten die Ruhestörer.

Görlitz. Erhängt hat sich in einer Schrebergartenlaube in Rauschwalde ein 46jähriger Eisendreher. Lebensüberdruß, verursacht durch längere Arbeitslosigkeit, soll den verheirateten Mann in den Tod getrieben haben.

— Schwere Verbrühungen erlitt der bei der Firma Roscher beschäftigte Arbeiter Fiedler durch einen Rohrbruch im Waschraum. Das siedendheiße Wasser strömte dem Unglücklichen über Kopf und Oberkörper. Er wurde sofort in eine Klinik gebracht.

Neisse. Erhängt aufgefunden wurde am Freitag morgen im linken Wallgraben hinter dem Jerusalemer Tor in Neisse von dem Wallaufseher Sch. ein Fleischermeister aus Ratibor, wie aus den Papieren ersichtlich war. Er hing an einem den Wallgraben überragenden Eichenast und trug einen guten braunen Ueberzieher, sowie braune Lederportmütze. In einem bei ihm vorgefundenen Briefe an seine Frau gab er als Grund seines Selbstmordes an, daß ihn die Schwere der jetzigen Zeit in den Tod getrieben habe.

Neisse. Eine öffentliche Volksversammlung, die von der Sozialdemokratischen Partei in Neisse einberufen war, fand am Freitag im großen Brauhaussaale statt. Referent war Parteisekretär Pascheka-Neustadt, der in überzeugenden Darlegungen an der Hand von reichem Material das Unerhörte der in der Zeit der größten Not des deutschen Volkes von den Fürsten geforderten Abfindung geißelte und der sehr glimpflichen Behandlung der deutschen Fürsten durch die Republik den entschädigungslosen Hinauswurf des hannoverschen Königshauses durch Bismarck und die weniger reiche Abfindung des österreichischen Fürstenhauses entgegenhielt. — Die Versammlung wies einen für Neisse recht guten Besuch auf, waren doch alle Tische des Saales voll besetzt, was ein Erwachen aus der bisherigen Lauheit anzeigt. — Der Leiter der Versammlung, Genosse Gottwald, forderte die Anwesenden auf, bei den Wahlen der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme zu geben, die sozialdemokratische Presse zu lesen und sich auch vor dem Anschluß an die Partei nicht zu scheuen. — Es konnten eine Anzahl Leser für unsere Presse gewonnen werden.

Hindenburg. Zwei Raubüberfälle. Die bei der Postagentur Rokittnitz angestellte Postagentin Fräulein Emilie Widuka wurde gestern abends, als sie nach Dienstschluß nach Hause gehen wollte, von zwei maskierten Männern, die ihr auflauerten, überfallen, und ihr die Aktentasche entrissen, in der sich etwa 500 Mark bares Geld, 1000 Briefmarken und die Schlüssel zum Dienstzimmer befanden. — Ein zweiter Raubüberfall nach gleichem Muster, der aber erfolglos war, ereignete sich in Hindenburg auf der Heinrichstraße. Dort wurde in der 10. Abendstunde ein hiesiger Buchhändler auf dem Nachhausewege von zwei Männern überfallen und ihm unter Vorhaltung von Pistolen eine braune Aktenmappe ohne Inhalt geraubt. Der eine der Täter ist etwa 20 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, der andere etwa in gleichem Alter, 1,65—1,70 Meter groß; sie trugen helle Regenmäntel und grüne Sportmützen.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 12. 1. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag	Schneehöhe cm
Krietern	—12	—0	—12	halbbedeckt	SO 3	gering	—
Schneekoppe	—10	—10	—15	Nebel	S 9	1	39
Grünberg	—11	—10	—12	wolkig	ONO 5	gering	—
Oberschr. Berthau	—1	—1	—15	halbbedeckt	S 8	[illegible]	27
K.-Schles. Baude	—6			Nebel	SO 1		100
Reifträgerbaude	—7			bedeckt	S 9		150
[illegible]	—13	—11	—16	bedeckt	NO [illegible]	gering	13
Landeck	—13	—10	—15	wolkig	N		11
Görlitz	—10	—9	—11	wolkig	O 1		—
Bad Flinsberg	—2	—2	—14	halbbedeckt	SO 5	gering	20
Beuthen	—13	—11	—15	wolkig	O 5		1
Breslau	—15	—9	—15	wolkig	NO 1	1	2
Heuscheuerbaude	—7	—7	—18	halbbedeckt	S 7		130
Kreuzburg	—12	—7	—14	halbbedeckt	OSO 1	gering	0
Neisse	—13	—7	—14	bedeckt	O 2	gering	5
Rosenberg	—13	—10	—15	bedeckt	O 3	gering	2
Gleiwitz	—	—	—				—
Zobten	—14	—14	—18	bedeckt	S 4		16

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Vom Mittelmeer setzt bereits mit voller Macht der Vorstoß milder Luft gegen die Kaltluft ein. Kleinere Wellen milder Luft, die in der Höhe Frankreich und Westdeutschland nordwärts überqueren, geben im Süden der Britischen Inseln bis nach Westdeutschland hin zu zeitweisen Schneeschauern Anlaß. Rom, das gestern Minus 2 Grad hatte, hat heute Plus 14 Grad. — In Schlesien hat sich infolge der im Nordwesten vorbeiziehenden Störungsfronten im Riesen- und Isergebirge intensive Föhnwirkung eingestellt. Bei stürmischen Winden aus den südlichen Quadranten ist die Temperatur in den Talstationen bis nahe an den Gefrierpunkt gestiegen, die in der Ebene noch allgemein unter Minus 10 Grad liegt. Aussichten: Milderung des Frostes, weiterhin Neigung zu Schneefällen bei lebhaften östlichen bis südlichen Winde.

Wasserstand

14. Januar.

Ratibor	1,12	Dyhernfurth	2,16
Neiße (Stadt) 13. 1.	—0,88	Abflußmenge sekundlich 141 cbm	
Neißemündung (Unter-Pegel)	1,25	Treschen (13. 1.)	1,82
Ransern (Unter-Pegel)	—	Küchenberg	2,14
Brieg (Wasserkran)	2,05	Wasserwärme: +0,6	

Konzerte.

Orchesterkonzert.

Das reichlich bunt geratene, in der Grundstimmung freundliche Programm des im Rahmen der Arbeiterbildungs-Veranstaltungen stattgefundenen Konzertes des Schlesischen Landesorchesters im Gewerkschaftshaus enthielt nur populäre, zum festen Repertoire gehörige Kompositionen. Peter Tschaikowskys „Nußknacker-Suite“ weist mit ihrer Menge eigenartiger Orchesterscherze auf den zu effektvoller Instrumentation neigenden Orchestertechniker hin, läßt aber noch nicht den in den späteren, besonders symphonischen, Meisterwerken sich entfaltenden russischen Klassiker erkennen. Das Ballett ist eine unterhaltsame Spielerei ohne tiefere Bedeutung. Man sollte die Liszt'sche zweite „Ungarische Rhapsodie“ etwas vernachlässigen; sie wird bald als abgespielt verrufen sein. Zudem ist der ursprüngliche Klaviersatz nicht so aufdringlich wie des Komponisten Orchesterbearbeitung. Den größten Eindruck machte naturgemäß Beethovens von Lebensfreude überschäumende, jubelnde A-Dur-Symphonie Nr. 7, in der das gehaltene Allegretto nur als Kontrast zu verstehen ist.

Hermann Behr achtete auf glatte, durchaus belebte Wiedergabe, ließ aber bezüglich vortraglicher Feinheiten und orchestralen Ausgleichs manchen Wunsch offen. W. S—der.

Arbeiter-Sport

Serienspiele für 17. Januar.

11⁰⁰	Süd I Igd.	—	V. f. L. I Igd.	Krietern	Fröhlich, Sil. K.
12⁰⁰	1921 I	—	Oswitz I	Sternplatz	Scharte, V. f. L.
2⁰⁰	Spielv. I Brieg	—	Süd I	„	Quart, West
10⁰⁰	Wacker III	—	V. f. B. III	Wackerplatz	Scholz II, F. S. V.
9⁰⁰	Süd III	—	1924 III	Krietern	Hüllenhagen, Fr. Sportfr.
10⁰⁰	Union III	—	Stern III	Deutsch-Lissa	Wenzel, Einigkeit
8⁴⁵	1924 II	—	Falke II	Gröschelwiese	Ulbrich, Möwe
10³⁰	1924 I	—	Falke I	„	Wachner, West
2⁰⁰	Hundsfeld I	—	Märzdorf I	Hundsfeld	Hübner, Oswitz
12⁰⁰	Hundsfeld II	—	Märzdorf II	„	„

Gesellschaftsspiele für 17. Januar.

10³⁰	Sil. K. I	—	Ost I	Zimpel
10⁰⁰	V. f. L. II Igd.	—	„ I Igd.	V. f. L.-Platz
9⁰⁰	„ III Igd.	—	1924 II Igd.	
9⁰⁰	Fr. Sportfr. I Igd.	—	Sparta II Igd.	Zanthplatzwiese
10⁰⁰	Fr. Sportfr. I	—	Einigkeit I	
10⁰⁰	Oswitz I Igd.	—	„ I Igd.	Oswitz
10⁰⁰	Sparta II	—	West II	Westplatz
9⁰⁰	West II Igd.	—	Union II Igd.	„

Spielausschuß.

Ladungen für Montag, den 25. Januar. Sportgenosse Freund, Union Deutsch-Lissa, Vertreter von Union, desgleichen von V.f.L., dazu Schiedsrichter Hüllenhagen. — Sportgenosse Guschel, Süd, Vertreter von Süd, desgleichen von Ost, Schiedsrichter Schäfer, 1924. — Sportsgenosse Warmbt, Ried, und Vertreter Vorbau von 1924 und Vertreter, dazu Schiedsrichter Quarg.

Ordner zum Ausscheidungsspiel am 17. Januar: Hoffmann, Silesia, Winkler, Oswitz, Scharte, V.f.L., Steinig, Liegnitz und Jasombeck, Josef, Kose, Lange und Rektor von Stern, Rigahle. Sämtliche Ordner haben sich um 11½ Uhr beim Sportsgenossen [illegible] Restauration Bardehle, zu melden.

Linienrichter für das Ausscheidungsspiel sind die Sportsgenossen: Scholz, 1924, Magnarus, [illegible] Kuhnoel, [illegible] Scholz I, 1923, Springer, Wilhelm, Einigkeit.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland. Kreis I, Bezirk Breslau. Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Vereinslokal des Sportklubs „Achilles“, Breslau, Königgrätzer Straße 10, die [illegible] Jahresversammlung statt. Da Neuwahlen und wichtige Punkte verzeichnet sind, ist es Pflicht eines jeden Vereins, seine Vertreter zu dieser Sitzung zu senden.

Kraftsportklub Achilles 1, 190[illegible] Am 3. Januar hielt der Verein seine Generalversammlung ab. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: [illegible] Kensty, Poststraße 1; 1. Schriftführer [illegible] straße 54; 2. Vorsitzender: F. [illegible]; 2. Schriftführer: K. Jerchel; 1. Kassierer: W. Bönisch; 2. Schriftführer: [illegible] Kublik; 1. Sportwart: G. Hauke; K. Jerchel; 2. Kassierer: A. [illegible]; 2. Sportwart: F. Stransky; Vergnügungswarte: W. Kose und M. Gu[illegible]ginsky; Stemmwarte: M. Kublik und K. Schwitalle; Zeugwarte: E. Richter und G. Ilori; Revisoren: Bönisch und Stransky. Gleichzeitig sei bemerkt, daß der langjährige 1. Vorsitzende, Herr Max Latussek, für seine Verdienste um den Verein zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden ist.

Sportklub „Germania 04“, e. V., Breslau, hielt am 10. Januar seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht war zufriedenstellend. Ein Zeugnis hierfür gibt die am 19. Dezember abgehaltene Weihnachtsfeier, bei welcher 65 Kindern eine Freude bereitet werden konnte. Es sei hiermit nochmals allen Freunden und Gönnern des Vereins, welche uns halfen, diese Feier zu verschönern, unser herzlichster Dank ausgesprochen. Nach den Neuwahlen setzt sich die Leitung für das Jahr 1926 wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Max Benke, Friedrichstraße 7; 2. Vorsitzender: Karl Wawan, Sonnrosenweg 9; 1. Kassierer: Reinhold Gleis, Gabitzstraße 42; 2. Kassierer: Fritz Fabian; 1. Schriftführer: Otto Nowack; 2. Schriftführer: G. Günther; Mitgliedervertreter: Artur Langner, Gellhornstraße 14; Revisoren: Gubitre und Hennemann; Zeugwart: A. Werius und P. Herrmann; 1. technischer Leiter: W. Mende; 1. technischer Leiter für Ringen: Bruno Mosig; 1. technischer Leiter für Heben: Max Imann; 1. technischer Leiter für Boxen: Felix Glatzki; 1. technischer Leiter für Leichtathletik: Fritz Pankalla. Uebungsstunden finden jetzt wie folgt statt: Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr: Schwerathletik, Mittwoch von 7 bis 9 Uhr und Sonntag vormittag: Boxen, Sonntag vormittag: Schüler und Leichtathletik.

B. S. C. „Siegfried“. Bei der am 10. Januar stattgefundenen Generalversammlung sind folgende Mitglieder in den Vorstand gewählt worden: Vorsitzender Erich Hübel, Kassierer August Kunert, Schriftführer Kurt Franz, technischer Leiter Alfred Hauschild. Uebungsstunden Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr. Vereinslokal „Kurgarten“, Frankfurter Straße 203. Mitglieder werden noch aufgenommen. Zuschriften sind zu richten an Erich Hübel, Breslau, Bergstraße 34, bei Neumann.

Freie Turnerschaft Breslau, Spiel- und Sportbetrieb 1926. Sämtliche 8 Abteilungs-Vorsitzenden werden hiermit aufgefordert, bis zur Vereins-Generalversammlung am 26. Januar folgende Angaben dem unterzeichneten Turngenossen schriftlich mitzuteilen: 1. Name und Adresse a) des Abteilungs-Spielleiters, b) des Abteilungs-Sportleiters; 2. Anzahl der vorhandenen Abteilungsgeräte zur Ausübung der Leichtathletik, zum Beispiel Disken, Speere, Kugeln, Stoppuhren, Bandmaße usw.; 3. Anzahl der vorhandenen Tore zu Faust- und Trommelball. Angaben bitte genau zu machen. Ferner werden die Abteilungs-Vorsitzenden ersucht, in den Abteilungs-Versammlungen sich regelmäßig Spiel- und Sportbericht von den betreffenden Funktionären geben zu lassen, um eine genaue Statistik für 1926 feststellen zu können, für 1925 ist dies unmöglich. Ersuche auch rechtzeitig Spielerpässe für Faust- und Trommelballspieler und Spielerinnen, sowie Tagebücher für die Funktionäre im Bundesgeschäft zu besorgen. Das Jahres-Programm für 1926 wird in der Generalversammlung bekanntgegeben.

E. Trupke, Neuscheitstraße 6.

Generalversammlung des Athletenvereins Jugendkraft. Am 8. Januar hielt der Athletenverein Jugendkraft, Hundsfeld 1925, seine Generalversammlung ab. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Erster Vorsitzender: Paul Koschate, 2. Vorsitzender: Wilhelm Hanke, 1. Schriftführer: Fritz Seidel, 2. Schriftführer: Max Reitzig, 1. Kassierer: Karl Baudis, 2. Kassierer: Hans Sigle, technischer Leiter: Hermann Schädewahn, Max Reitzig. Sämtliche Schriftstücke sind an den 1. Vorsitzenden, Paul Koschate, Hundsfeld, Breslauer Straße 37, zu senden.

Geschäftliches.

Das „Blaue Band des Ozeans“ zu erhalten, ist das Ehrgeiz jedes Kapitäns, der einen Schnelldampfer zwischen Europa und Nordamerika führt. Aber auch für jede Hausfrau ist das blaue Band wichtig, ist es doch das Erkennungszeichen und die Schutzmarke der unübertrefflichen „Blauband-Margarine“, welche sich durch ein vorzügliches Aroma auszeichnet. Sie ist leicht bekömmlich, sparsam im Gebrauch und hat sich beim Braten, Kochen und Backen vorzüglich bewährt. Fordern Sie beim Einkauf [illegible]

Reste Langstadt

Freitag, Sonnabend Montag

500 Stück **Normalhosen** prima Qualität **2.50**

Serie I 58 ₰	Serie II 68 ₰	Serie III 85 ₰	Serie IV 1.10
Hemdentuch	Perkal	Kleiderstoffe doppeltbreit	Schürzenstoffe 116/120
Mousseline	Linon	Blusenstreifen	Kleiderstoffe
Kleidernessel	Schürzenbatist	Züchen	Eisenstark
Hemdenbarchent	Zephir	Velour	Velour Delden

und Abschnitte, die sich während der letzten Monate angesammelt haben

Ohlauer Straße 66, am Christophoriplatz

Am 10. Januar verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der frühere Vorschlosser des Städtischen Schlachthofes 20

Friedrich Basan

im 83. Lebensjahre.

Breslau, Berlin, Amsterdam, Zürich
Friedrich-Wilhelm-Str. 92

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Hirschberg statt.

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die erfrischende Zahnpaste **Chlorodont.** Überall zu haben.

385

Am 18. bis 20. Januar werde ich in Breslau I, Hotel Rom, Bischofstraße Nr. 10a, anwesend sein, um

Künstliche Augen

nach der Natur unter Anwendung der neuesten Technik, wie großer Beweglichkeit, anzufertigen und einzupassen. 3058

Carl Müller, Jena.

Nach langem, schwerem Leiden verschied plötzlich und unerwartet unser

Werkmeister

Herr Adam Rogowski.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm 10135

Die freiorganisierte Belegschaft der Schmiede der Fa. Kemna.

Schnürsenkel, 2–10 Pf., Lippert, Heinrichstr. 16. 3157

Billiger Mittags- und Abendtisch
Altbüßerstraße Nr. 59, I.

Krampfadergeschwüre, Wunden all. Art, Flechten, Hämorrhoiden, Hautjucken heilt sicher und schnell

Heil- u. Kühlsalbe

Hygiene-Apotheke, Breslau
Lauenzienstraße Nr. 91
Ecke Grünstraße.

Gelegenheitskauf!

Verkaufe fast neue, nur wenig gebrauchte, neue Systeme

Nähmaschinen

Sollich, Altbüßerstr.

Genossen!
Genossinnen
Eure Familienanzeigen der
Volkswacht

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Ausnahme-Tage in

Wild!

Zum Verkauf gelangen:

Frischlinge, Wildschweine, Spießer Hirsche, Rehe, Hasen

Hasen- Rücken 2 Keulen	die stärksten	nur **2.40**
Hasen-Läufe	. . . . .	Stück nur **35** Pf.
Reh-Rücken oder **-Keulen** (auch geteilt)		
Reh-Blätter	. . . . .	Pfd nur **1.25**
Spießer-Hirsch-Rücken oder **-Keulen**		Pfd. nur **1.20**
Spießer-Hirsch-Blatt	. . . . .	Pfund nur **85** Pf.

Frischlinge sowie Wildschweine
Rücken — Keulen — Blätter auch geteilt.

Sämtl. Geflügelarten zu den bekannt billigsten Tagespreisen

Herbert Böhm

nur 62 Gartenstraße nur 62

Fernsprecher Ohle 324 10 198

Nur um Geld zu schaffen

daher so billig! 10192

Beim Einkauf von 10 Mark 1 Paar gute Damenstrümpfe gratis!

Elegante Garnitur	Hemd u. Beinkleid . . 4.75	**3.50**
Bettücher	mit bunter Kante . . 2.90	**2.25**
1 fertiges Inlett	federdicht, jährechtl 9.00	**8.00**
Deckbettbezüge	weiß und bunt, Ia Ware, 2 m lang	**5.00**
2 weiße Bettbezüge	mit 4 Kissen	**14.00**
Klubwesten	reine Wolle, für Kinder	3.00
	reine Wolle, f. Erwachsene	4.50

sowie sämtliche Leinen- und Baumwollwaren und Arbeiter-Bekleidung.

Kein Laden, nur II. Etage, daher so billig

Lutz Manneberg

Reuschestr. 1, II., Eingang Herrenstr.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Am 12. Januar verstarb unser werter Kollege, der pens. Straßenbahnschlosser

Heinrich Liebsch

im Alter von 66 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Beteiligten der Freiwilligen Beerdigungsbeihilfe des Fahr- und technischen Personals der Städtischen Straßenbahn.

Beerdigung: Freitag, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel nach St. Barbara. 22

Am 11. Januar verschied plötzlich die Frau unseres Arbeitskollegen Josef Alliger

Frau Berta Alliger
geb. Busch

im Alter von fast 43 Jahren. 1281b

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Der Wächter und die Arbeitskollegen der Firma L.-H.-L. Werke Breslau, Betrieb III Fr. u. Mh.

Beerdigung: Freitag, den 15. Januar, nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen aus.

Öffentliche Frauenversammlung

Montag, 18. Januar, 8 Uhr, Kaiserpanorama, Schweidnitzerstr.

Vortrag von Frau **Dr. Emanuele Meyer**

„Deutsche Not und deutsche Wunder".

Unkostenbeitrag 30 Pf., Jugendliche 20 Pf.

Vorverkauf bei Hiegen, Schloßstraße 4.

Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur
Ortsgruppe Breslau.

Raucht nur die gute LIVADIA 10126

MASKEN Mildner
neue Kostüme
Am Wäldchen 24. 1012

Brautleute wollt Ihr glücklich sein, kauft Trauringe nur bei Euer ein.

Trauringe goldene Trauringe

Platzen dieser Ringe ausgeschlossen.
Konkurrenzlos billige Preise.
Gravieren gratis. 10922

Paul Alter, Lederstraße 17. — Ecke Schmiedebrücke, neben Hut-Schmidt

---

Buchdruckerei Volkswacht

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, N. Graupenstr. 5

In der „Volkswacht" haben **Stellen-Angebote** Erfolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

*

Neue elegante Masken Preisgekrönt verleiht billigst 3059
M. Pohl,
Brandenburger Straße 6, III.

Kleine Anzeigen

sind kompakt gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

Gebr. Gas billig zu verk. Alsenstr. 14, V. Geb. 1280

B. Wolfberge

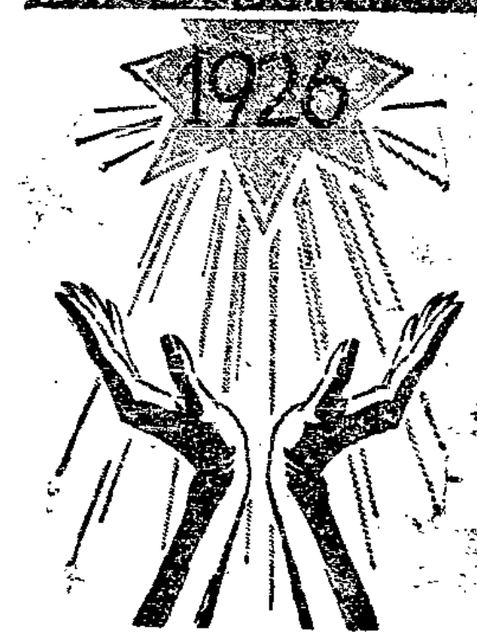
Mtr. 1.40—2.00 Mk., Köper Mtr. 70 Pf., Leinwand Mtr. 45 Pf. bis 1.30 Mk., Aermelfutter 90 Pf. bis 1.30 Mk., Garn 1000 Meter in allen Marken 40 bis 90 Pf. 6038
Kernseife 700 Gramm 65 Pf.
Berthold Lippert,
Heinrichstraße 16.

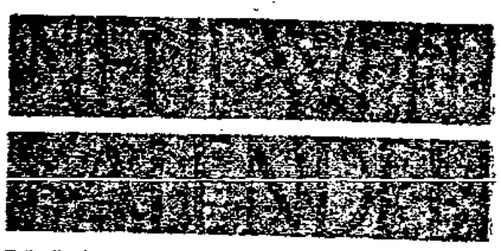
Wohnungen

Gt. sonnige Wohnung von 2 zweifenstr. Zimmern, Küche, Entree, Gas, Friedensmiete 13 Mark, gegen Drei- oder geräumige Zwei-Zimmerwohnung zu tauschen gesucht. Umzug wird evtl. bezahlt.
Kontny,
Brüderstr. 7b. Hth. I.

Tausche

große 2-Zimmerwohnung, gr. Entreeküche, Balkon, Gas, renoviert, 3. Etg., Kletschkauerstraße, gegen gleiche oder etwas größere. Gegend gleich. Umzug wird vergütet bei größerem Abstand. Off. unt. St. 260.





50. Jahrgang (Jubiläumsausgabe)

88 Seiten stark. Reich illustriert. Vielseitiger literarischer Inhalt edler volkstümlicher Art. Beste Druckausstattung. — Gratisbeigaben: ein Wandkalender und ein künstlerisches Offsetbild in sechs Farben nach einem Aquarell von Franz Beck. — Preis 80 Pfennig.

Zu haben
Buchhandlung Volkswacht
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Cohen, für den Anzeigenteil: Max Lehm. — Druck: Freiheitsplatz 2. — Verlag: Graupenstr. 4. — Druck aus Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Stärke der Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften aller Richtungen zählten Ende 1921 rund 46 Millionen Mitglieder, 1922 41 Millionen und 1923 nur noch 36,5 Millionen. Der Mitgliederverlust war allgemein; es zählten z. B. (in Millionen):

	1921	1923
die Amsterdamer Richtung . . .	22,4	16,5
die kommunistischen Gewerkschaften	7,0	5,2
die christlichen Gewerkschaften . .	2,8	2,4
die syndikalistischen Gewerkschaften	1,3	0,4

Zum großen Teil wurden die Mitgliederrückgänge durch die schwere Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit veranlaßt, die in den Jahren 1921 bis 1923 herrschten. Auch 1924 waren die allgemeinen Verhältnisse noch ungünstig, so daß die Stärke der Gewerkschaften eine weitere Einbuße erlitt. Mit dem Jahre 1925 scheint jedoch ein neuerlicher — vorerst langsamer — Aufschwung eingesetzt zu haben.

Die jetzige Erwerbslosenfürsorge und die künftige Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft.

Die fünfte Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 14. November 1924 regelt die Frage der Befreiung von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge. Beitragsbefreit sind heute Arbeitnehmer, die neben ihrer Beschäftigung noch Besitzer oder Pächter landwirtschaftlichen Grundbesitzes von solcher Größe sind, daß sie von dem Ertrag mit ihren Angehörigen leben können. Beitragsbefreit ist das landwirtschaftliche Gesinde, das in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist, ferner Lehrlinge mit mindestens zweijähriger Lehrzeit.

Für die landwirtschaftlichen Arbeiter am wichtigsten ist die Bestimmung im Artikel 2:

Beitragsfrei ist eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft:

1. wenn der Arbeitnehmer auf Grund eines Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird, oder
2. wenn er auf Grund eines Arbeitsvertrages auf unbestimmte Zeit beschäftigt wird und ihm ohne wichtigen Grund und mit mindestens dreimonatiger Frist gekündigt werden darf.

Die bis jetzt geltenden Befreiungsvorschriften haben nun zu einer großen Mogelei der Landwirte geführt. Die Beiträge werden an die Krankenkasse abgeführt, dementsprechend auch die Anträge auf Beitragsbefreiung. Die Landwirte haben nun in der Mehrzahl aller Fälle in Deutschland ihre sämtlichen Arbeiter als für die Beitragsbefreiung in Frage kommend bei den Krankenkassen gemeldet. So gibt es in Preußen, in Bayern, Mecklenburg und anderen Ländern Landkrankenkassen, in denen 100 Prozent, das heißt alle Kassenmitglieder, von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge befreit sind. Wir haben wiederholt auf diesen Schwindel hingewiesen.

Das hat nun die Reichsregierung veranlaßt, eine Aenderung der fünften Ausführungsverordnung vorzunehmen. Der Entwurf dazu wird zurzeit im Reichsrat behandelt. Die Veröffentlichung der neuen Verordnung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die Aenderung verlangt für alle Vorträge, die nach Artikel II der jetzigen Verordnung Voraussetzung für die Beitragsbefreiung sind, die Schriftform. Im übrigen sollen die Krankenkassen wie die Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise zu eingehender Nachprüfung der Befreiungsanzeigen angehalten werden.

Die heute geltende Fürsorge macht die Leistung der Fürsorge nicht abhängig von der Beitragsleistung. Bisherige krankenkassenversicherungspflichtige Beschäftigung und Bedürftigkeit sind vielmehr die Voraussetzungen der Leistungen aus der Fürsorge.

Dieser Zustand ändert sich sofort mit Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung. Die Versicherung kennt nur Leistungen aus Beiträgen. Der jetzt dem Reichswirtschaftsrat vorliegende Gesetzentwurf einer Arbeitslosenversicherung sagt dies eindeutig. Damit gewinnt die Frage der Einbeziehung der Landarbeiter in die Versicherung eine erhöhte Bedeutung. Man kann streiten über den Umfang von Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft. Fest steht, daß auch in der Landwirtschaft gewisse Sparten regelmäßig mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Denken wir nur an die Arbeiter in der Forstwirtschaft, im Weinbau, Torfstich usw. Mit einer gewissen Arbeitslosigkeit haben auch alle landwirtschaftlichen Freiarbeiter zu rechnen. Aber selbst Deputatarbeiter werden zeitweise arbeitslos, wenn auch die Zahl der Beschäftigten in dieser Gruppe als Erwerbslose nicht besonders ins Gewicht fällt. Wenn aber der Deputatarbeiter arbeitslos wird, dann bedeutet die Arbeitslosigkeit für ihn ein viel härteres Uebel als für jeden anderen Arbeiter.

Der Schutz in Fällen der Arbeitslosigkeit muß jedem Arbeiter zugutekommen.

Deshalb lautet unsere grundsätzliche Forderung: Einbeziehung aller Arbeiter aus der Landwirtschaft in die Arbeitslosenversicherung!

Unsere Gegner bekämpfen diese Forderung. Die Arbeitgeberverbände, der Reichslandbund, die gelben Landarbeiterverbände wollen den Landarbeitern einreden, daß sie mit ihren Beiträgen nur die städtischen Erwerbslosen füttern. Das ist einmal nicht richtig. Aber selbst wenn in der Landwirtschaft ein höherer Beitrag aufgebracht werden sollte, als zur Unterstützung von erwerbslosen Landarbeitern benötigt würde, dann wäre auch diese Leistung eine Selbstverständlichkeit. Der Landarbeiter soll freudig eine Solidarhaftung gemeinsam mit allen Arbeitern anderer Berufe tragen.

Es darf nicht verkannt werden, daß unsere Gegner mit ihren Argumenten vielfach Verständnis bei den Landarbeitern finden und diese aus egoistischen Gründen, um einige Pfennige Beitrag für die Arbeitslosenversicherung zu sparen, sich bereit erklären, auf die Versicherung verzichten. Vor einigen Wochen, am 2. Dezember 1925, waren Vorstand und Ausschuß des Reichsverbandes der deutschen Landkrankenkassen zu einer Tagung in Berlin vereinigt. „Die deutsche Landkrankenkasse", Nr. 24, Jahrgang 1925, berichtet unter anderem: „Bezüglich der Arbeitslosenversicherung hält der Verband daran fest, daß sämtliche in der Landwirtschaft Beschäftigten von der Arbeitslosenversicherung ohne besonderen Antrag befreit bleiben müssen." An anderer Stelle des Berichtes wird gesagt, daß der Beschluß einstimmig gefaßt worden ist. Es haben also auch bei dieser Tagung die anwesenden Vertreter der Versicherten sich von den Arbeitgebern einseifen lassen.

Was den Landarbeitern verloren gehen würde, wenn sie in Fällen der Arbeitslosigkeit keinen Anspruch an eine Unterstützung mehr haben, ist leicht zu erkennen. Heute sind die Unterstützungssätze nach drei Wirtschaftsgebieten in Deutschland festgesetzt. Innerhalb der Wirtschaftsgebiete I, Osten, beträgt der Unterstützungssatz (Mann Frau, drei Kinder) pro Woche 13,86 Mark, Wirtschaftsgebiet II, Mitte, 16,60 Mark, Wirtschaftsgebiet III, Westen, 17,82 Mark. Wir haben jedesmal nur die niedrigste Ortsklasse zugrundegelegt.

Schutz in Fällen der Arbeitslosigkeit ist Schutz des Arbeiters im Arbeitsverhältnis überhaupt. Das wissen auch die Arbeitgeber, darum bekämpfen sie die Arbeitslosenversicherung. Damit ist aber auch unsere Aufgabe klar gezeichnet, den Landarbeitern die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung zu zeigen und dafür zu sorgen, daß die Landarbeiter selbst die Aufnahme aller Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung verlangen.

Einbeziehung der Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge?

In fast allen Berufen haben wir heute eine Erwerbslosigkeit, die wohl ihresgleichen sucht. Wohl am meisten davon sind die Berufe der Angestellten, Kaufleute, Techniker usw. betroffen. Diese Berufe genießen außerdem noch den Nachteil, daß sie fast garnicht unter die heute bestehende Erwerbslosenfürsorge fallen. Nach der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge fallen nur die Personen unter dieselbe, die in der Krankenversicherung pflichtversichert sind. Es sind dies alles Arbeiter, Arbeiterinnen usw. Die Angestellten, Techniker, Kaufleute usw. fallen nur dann unter die Erwerbslosenfürsorge, wenn sie der Krankenversicherung als Pflichtmitglieder unterliegen. Wie allgemein bekannt sein wird, sind diese Personen aber nur dann gegen Krankheit pflichtversichert, wenn ihr Jahreseinkommen die Summe von 2700 Mark nicht übersteigt. Alle Angestellten also, die über 225 Mark monatlich verdienen, fallen nicht unter die Erwerbslosenfürsorge und erhalten bei Erwerbslosigkeit keine Unterstützung. Dieser Mangel in der Sozialgesetzgebung ist von den Gewerkschaften, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, der Sozialdemokratischen Partei und vielen führenden Sozialpolitikern schon lange bekämpft worden. Die Gesetzgebung hat sich den berechtigten Wünschen auf Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf die Angestellten bisher stets ablehnend gegenüber verhalten. Inzwischen ist die Not immer mehr gestiegen. Die Zahl der stellenlosen Angestellten wächst von Tag zu Tag. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

In den letzten Tagen ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der den berechtigten Wünschen der Angestellten Rechnung tragen soll. Dieser Entwurf (Siebente Ausführungsbestimmung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge) sieht die Einbeziehung auch der höher besoldeten Angestellten unter die Erwerbslosenfürsorge vor. Nach dem Entwurf sollen alle die Angestellten in Zukunft die Vorteile der Erwerbslosenfürsorge genießen, die der Angestelltenversicherung als Pflichtmitglieder unterliegen. Die Einkommensgrenze, bis zu der Angestellte usw. der Angestelltenversicherung als Pflichtmitglieder angehören, beträgt augenblicklich 6000 Mark jährlich (monatlich 500 Mark). Es wird somit ein großer Teil der Angestellten in Zukunft gegen Erwerbslosigkeit versichert werden. In Frage kommen hierbei besonders die älteren Angestellten, die zwar etwas besser besoldet werden, die aber auch dafür leichter Kündigungen und Entlassungen ausgesetzt sind. Die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge von diesen neu unter das Gesetz fallenden Personen sind an die Krankenkassen zu entrichten, bei denen die Angestellten Pflichtmitglieder wären, wenn sie krankenversicherungspflichtig wären. Bei der Berechnung der Beiträge soll die obere Verdienstgrenze der Krankenversicherungspflicht (augenblicklich 2700 Mark) als wirklicher Arbeitsverdienst zugrunde gelegt werden. Bei Ueberschreitung der angestelltenversicherungspflichtigen Einkommensgrenze (6000 Mark) sind die Angestellten dann wieder abzumelden. Die Arbeitgeber sollen diese Beiträge tunlichst gesondert von den übrigen Krankenkassenbeiträgen an die Krankenkassen abführen.

Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums soll die neue Verordnung in kürzester Zeit, spätestens Mitte Januar, verabschiedet werden und herauskommen. Die Vertreter der Länder stimmten dem ausgearbeiteten Gesetzentwurf zu. Die Veröffentlichung des Entwurfes und seine Annahme wird also nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

Zahlung von Dienstprämien an Staatsforstarbeiter.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat die nachstehend wiedergegebene allgemeine Verfügung erlassen:

Allgemeine Verfügung III 72 für 1925.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Geschäfts-Nr. III 9169.

Berlin W 9, den 17. Dezember 1925.
Leipziger Platz 10.

Dienstprämie an Staatsforstarbeiter.

An die Regierungen, mit Ausnahme von Marienwerder, Liegnitz, Osnabrück, Aurich, Münster und Sigmaringen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn preußischen Finanzminister genehmige ich, daß auch den Staatsforstarbeitern Dienstprämien gezahlt werden können. Es gelten hierbei die Bestimmungen der Runderlasse vom 18. September 1925 — Lo. 1090 — und vom 5. November 1925 — Lo. 1358 — (Preußisches Besoldungsblatt für 1925, Seite 201 und 295) mit folgenden, durch die Verhältnisse in den Staatsforstbetrieben bedingten Aenderungen:

1. Eine Dienstprämie von 100 Mark erhalten Waldarbeiter, die seit 25 Jahren oder länger
   a) voll beschäftigt worden sind oder
   b) durchschnittlich jährlich mindestens 200 Arbeitstage abgeleistet haben;
2. eine Dienstprämie von 50 Mark erhalten diejenigen, 25 Jahre oder länger beschäftigt gewesenen Waldarbeiter, die in den Forstwirtschaftsjahren 1919 bis 1925 durchschnittlich jährlich weniger als 200 Tage als ständige oder regelmäßig beschäftigte Waldarbeiter gearbeitet haben.

Als Arbeitstage gelten auch:
die in den Wirtschaftsbetrieben der Forstbeamten aufgewendeten Arbeitstage,
die innerhalb der Staatsforsten mit Genehmigung der Staatsforstverwaltung auf Rechnung Dritter geleisteten Arbeitstage, soweit sie mit der Werbung des Holzes in Verbindung stehen,
bezahlte Urlaubstage,
die in die forstliche Arbeitszeit fallenden, als solche von der Krankenkasse anerkannten Krankheitstage,
sonstige Lohnfortgewährungstage.

Sollte sich die Feststellung zu 1b für die rückliegende Zeit nicht mit Sicherheit treffen lassen, so müssen Schätzungen vorgenommen werden. Auch wird man in vielen Fällen annähernd das Richtige treffen, wenn man die in den Forstwirtschaftsjahren 1919 bis 1925 geleisteten Arbeitstage für die frühere Zeit als maßgebend zugrunde legt. Gegen eine wohlwollende Behandlung der Angelegenheit ist nichts einzuwenden. Ich ersuche die Regierungen, mir entsprechende Anträge möglichst gesammelt vorzulegen. Die Anträge sind so mit Einzelheiten zu belegen, daß sich weitere Rückfragen erübrigen.

Sofern 40 oder mehr Dienstjahre in Frage kommen, sind gleichzeitig Vorschläge wegen der Höhe der Prämie zu unterbreiten.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme.

J. A.: gez. Laspeyres.

Hoffentlich lassen es sich auch die anderen Länderregierungen angelegen sein, diesen erfreulichen Schritt des preußischen Landwirtschaftsministeriums recht bald nachzuahmen.

Massenentlassungen und Stillegungen in der schlesischen Porzellanindustrie.

Die bereits vor Weihnachten von den Porzellangewaltigen im niederschlesischen Industriebezirk angekündigten Massenkündigungen und Betriebsstillegungen sind nun Tatsache geworden. In ihren Stillegungsanzeigen bei der Regierung und bei den Verhandlungen mit der Arbeiterschaft behaupteten die Unternehmer, daß sie zurzeit ohne Aufträge seien. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um die Durchführung von Anweisungen des Arbeitgeberverbandes, um die Löhne bei den am 20. Januar stattfindenden Tarifverhandlungen zu drücken. Das geht mit aller Deutlichkeit aus den Umständen hervor, unter denen die Kündigungen und Betriebsstillegungen erfolgten.

Auf Zeitungsnachrichten von drohenden Arbeiterentlassungen in der Porzellanindustrie gaben die beiden größten Firmen Krister und Tielsch in der Waldenburger Unternehmerpresse die Erklärung ab, daß bei ihnen von Arbeiterentlassungen nicht die Rede sein könne, da sich beide Fabriken eines guten Geschäftsganges erfreuten! Trotzdem wurde bei der Firma Krister vom 18. Januar ab Kurzarbeit (36 Stunden) angekündigt, während bei der Firma Tielsch bereits vor Weihnachten 100 und am 2. Januar weiteren 500 Arbeitern gekündigt wurde. Aber beide Firmen erfreuen sich eines „guten Geschäftsganges"! Eine andere Firma schloß ihren Betrieb am 31. Dezember, stellte aber am 5. Januar bereits wieder 150 Personen ein und kündigte für den 11. Januar die Einstellung einer Anzahl weiterer Arbeiter an. Im ganzen wurden etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt bezw. entlassen.

Der Arbeiterschaft sagt man, daß die Entlassungen wegen Auftrags- und Geldmangel erfolgen, während man in der Oeffentlichkeit erklärt, daß die Fabriken sich eines guten Geschäftsganges erfreuen! Ist dies wirklich der Fall, und die bevorstehenden Tarifverhandlungen machen dies sehr wahrscheinlich, so ist das Vorgehen der schlesischen Porzellangewaltigen im höchsten Grade leichtfertig und verwerflich. Es ist daher eine dringende Aufgabe der Regierung, hier einzugreifen und den Herrschaften klar zu machen, daß öffentliche Gelder, wie die Erwerbslosenunterstützung, nicht dazu da sind, den Profitinteressen von Unternehmern dienstbar zu machen, die trotz guten Geschäftsganges die Arbeiter entlassen.

Lehrlingsmangel in Sicht!

Das Provinzial-Berufsamt schreibt uns:

„Die stetig zurückgehenden, in den Städten und Industriebezirken geradezu herabstürzenden Schulaufnahmeziffern und die durch diese Tatsache bedingte immer geringer werdende Zahl der den beruflichen Nachwuchs deckenden Schulentlassenen erfordern heute bereits allgemeine Beachtung. Insbesondere dürfen an diesen mit jedem Jahre krasser in die Erscheinung tretenden Feststellungen die Berufsgruppen nicht achtlos vorübergehen, die heute bereits nicht nur kein Kräfteüberangebot, sondern zum Teil sogar einen Mangel aufweisen: Land- und Forstwirtschaft, Handel und Gewerbe (Industrie und Handwerk). Gerade hier wird nach den von durchaus zuverlässigen Stellen aufgestellten Statistiken und sich logisch ergebenden Folgerungen im Jahre 1932 — wenn nicht schon früher — ein Lehrlingsmangel einsetzen, der sich spätestens im Jahre 1935 allgemein recht empfindlich, in einzelnen Berufsgruppen sogar katastrophal auswirken kann.

Die amtliche Berufsberatung erachtet es als ihre Pflicht, unter Zugrundelegung der ihr zur Verfügung stehenden amtlichen Uebersichten des Lehrlingsmarktes, auf die vorgenannten Gefahren die breiteste Oeffentlichkeit und besonders jene Kreise, die mit dem erforderlichen beruflichen, fachlichen Nachwuchs stehen und fallen, nachdrücklichst aufmerksam zu machen. Gerade die letzteren werden sich in diesem Zusammenhange einer unabweisbaren Pflicht nicht entziehen dürfen, der Nachwuchsausbildung und Vermehrung durch Schaffung möglichst vieler neuer Lehrstellen vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das beansprucht nicht nur ihre eigene Existenzfrage, sondern das große gemeinsame Interesse unseres gesamten Wirtschaftslebens."

* * *

Wir vermögen dieser Auffassung nicht beizutreten. Die Berufsverbände bemühen sich seit langem, ihre Lehrlingsziffern auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Sie sagen sich mit Recht, daß für sie keine Verpflichtung gegenüber dem Unternehmertum besteht, für die Heranbildung von Arbeitsreserven zu sorgen, so lange eben dieses Unternehmertum von seinen Gepflogenheiten, die Reservearmee der Arbeit willkürlich zu vergrößern oder zu verkleinern, nicht Abstand nimmt. Der Lehrherr fühlt sich seiner Verpflichtungen gegenüber dem Ausgelernten in dem Augenblick ledig, wo dieser seine Zeit, ihm zu dienen, beendet hat. Dann läßt er ihn gewöhnlich laufen, ohne sich für sein ferneres Fortkommen irgendwie zu verwenden. Diese Sorge bleibt allein dem Berufsverband, der sich den Kopf darüber zerbrechen kann, wie er seine arbeitslosen Berufsangehörigen unterstützt. Daß unter solchen Umständen die Gewerkschaften keine Neigung besitzen, Arbeitskräfte heranzuzüchten, die durch das Gewicht ihrer Zahl bei Arbeitsmangel empfindlich auf die Arbeitsbedingungen drücken, ist selbstverständlich und kann ihnen nicht verübelt werden.

„Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten", Jahrgang 1926, Nr. 1, 16 Seiten. Herausgegeben vom Z. d. A., Berlin SO. 26, Oranienstraße 40/41; im Postbezuge vierteljährlich 15 Pf. Vor uns liegt in einem neuartigen Umschlag die Januar-Nummer der „Jugendblätter". Sie enthält einige wertvolle Aufsätze. So gibt Hans Gottfurcht in dem Artikel „Italienische Reise" die Eindrücke seiner Wander- und Studienfahrt in dieses besonders an historischen Sehenswürdigkeiten so reiche Land wieder. Die Beigabe einiger gut gelungener Bildbeigaben erhöhen den Wert der Reiseschilderung. Eine lustige Erzählung „Ulenspiegel in Ordenmarde" wurde dem köstlichen Buche von Karl de Coster „Ulenspiegel und Lamme Goedzak", entnommen. Der für das Berufsleben praktisch wichtige Kursus über „Die Buchführung", der leider für einige Zeit unterbrochen werden mußte, findet in diesem Hefte wieder seine Fortsetzung. Herr Effler, Lehrer für Buchführung im Höheren Handelskursus der Industrie- und Handelskammer Berlin, ist der Verfasser. Im ersten Teil der Abhandlung „Koalition und Arbeitsrecht", zeigt Erwin Bunzel Bedeutung und Geschichte der Koalition der Menschen auf.

„Jugend-Führer". Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt ab 1. Januar 1926 unter obigem Titel ein Mitteilungsblatt heraus, von dem die erste Nummer erschienen ist. Der Inhalt zeigt, daß nicht nur die Veranstaltungen für die Jugend und deren Ausbau behandelt werden sollen, sondern auch die großen Gebiete der Berufsausbildung, Berufsberatung, Berufsschule, Jugendfürsorge, Jugendgerichtshilfe usw. Daher wird das neue Organ nicht nur bei den direkt als Jugendleiter tätigen Kollegen Interesse finden, es wird wenig sehr für alle übrigen Gewerkschaftler von Wert sein, die bei Tarifverhandlungen, in Berufs- und Arbeitsämtern, in Gemeindevertretungen und Deputationen sehr häufig in die Lage kommen, über Fragen, die die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter besonders angehen, mit zu entscheiden. Neben der Wiedergabe von wichtigen Mitteilungen und von Anregungen für die Praxis soll aber auch das Grundsätzliche, das bei der gesamten Tätigkeit für die Jugend zu beachten ist, nicht übergangen werden. Eine bereits im ersten Heft enthaltene Betrachtung über die „Frühreife" der Jugend sowie die Ankündigung, daß Artikel über Aufgaben des Bildungsarbeiters, Psychologie der Jugend unter anderem erscheinen werden, deutet an, daß auch der Behandlung des Problematischen Raum gewidmet sein wird. Nach dem Inhalt des vorliegenden Heftes kann man jedenfalls schon jetzt sagen, daß der „Jugend-Führer" bei der Erfüllung einer wichtigen Aufgabe gute Dienste zu leisten in der Lage sein wird. Er kann deshalb allen interessierten Kollegen nur bestens empfohlen werden.

Wirtschaft.

Rußlands industrieller Wiederaufbau.

Es ist für die industrielle Entwicklung Sowjetrußlands charakteristisch, daß die Erneuerung und Erweiterung der maschinellen Anlagen der Industrie mit der Produktionserweiterung nicht Schritt gehalten hat. Die Produktionssteigerung der staatlichen Großindustrie ist dank der eifrigen Förderung der Sowjetregierung, der staatlichen Kredite und Dotationen, die ihre Quelle zum Teil in der Tscherwonetznotenemission hatten, in den letzten Jahren verhältnismäßig rasch vor sich gegangen, und die Produktion soll im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1924/25 bereits etwa 70 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht haben. Es darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß die, wie zugegeben werden muß, überraschend schnelle Entwicklung der russischen Großindustrie in den letzten Jahren zum erheblichen Teil dem hohen Einfuhrzoll für ausländische Industrieerzeugnisse, vor allem aber dem Außenhandelsmonopol zu verdanken ist.

Ein wesentlich ungünstigeres Bild ergibt sich, wenn man die technische Beschaffenheit der maschinellen Anlagen der russischen Industrie untersucht. Man wird dann feststellen müssen, daß die Industrie noch technisch weit von dem Vorkriegsstand entfernt ist, und auch die Qualität der technischen Industrieerzeugnisse hinter der Vorkriegsqualität im allgemeinen erheblich zurückbleibt. Es ist durchaus erklärlich, denn man darf nicht vergessen, daß in den Kriegsjahren, vor allem aber in der Zeit der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges und auch in den nachfolgenden Jahren, ein Teil der maschinellen Anlagen der russischen Industrie nahezu ganz vernichtet worden, der übrige Teil stark abgenutzt und veraltet ist. Der Abstand der russischen Industrie von der ausländischen ist demnach noch größer als früher geworden.

Die Schwierigkeiten des hier zu lösenden Problems, das erst das eigentliche Problem des industriellen Wiederaufbaues Rußlands bildet, wird von der Sowjetregierung keineswegs verkannt. Sie sind sowohl produktionstechnischer als auch finanzieller Art. Zu den technischen Schwierigkeiten gehört vor allem der in Rußland herrschende Mangel an technischen Kräften und geschulten Arbeitern. Diesem Mangel will man durch Einrichtung von Schulen und Kursen für ungelernte Arbeiter abhelfen, die dort schnell ausgebildet werden sollen. Eine noch schwierigere Aufgabe dürfte die Beschaffung technischer Kräfte sein. Man beginnt einzusehen, daß es in dieser Hinsicht ohne Heranziehung und tätige Mitarbeit ausländischer Fachleute kaum abgehen wird, und verschiedene Trusts haben bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Andererseits hat die Sowjetregierung begonnen, russische Fachleute, deren Kenntnisse ja noch vielfach auf dem Stand der Technik der Vorkriegszeit erstarrt sind, nach dem Auslande zu entsenden, wo sie die neuesten technischen Errungenschaften kennen lernen sollen.

Außerordentliche Schwierigkeit bietet natürlich auch die finanzielle Seite des Problems, zumal es sich um gewaltige Mittel handelt, die angesichts der Zurückhaltung des Auslandskapitals größtenteils in Rußland selbst beschafft werden müssen.

Schon in den letzten zwei Wirtschaftsjahren, als für die Erneuerung der maschinellen Anlagen noch keine so bedeutenden Summen aufgewendet wurden, war die Lösung der Finanzierungsfrage sehr schwierig. Noch ungünstiger gestaltet sich die Lage im laufenden Wirtschaftsjahr, denn nach dem vom Obersten Volkswirtschaftsrat im Sommer dieses Jahres ausgearbeiteten Plan für die grundlegenden Instandsetzungen im Jahre 1925/26 sollte dafür der gewaltige Betrag von rund 900 Millionen Rubel aufgewendet werden. Hierbei waren für die grundlegende Instandsetzung, Neuausrüstung und ergänzende Ausrüstung der bestehenden Fabriken rund 590 Millionen, für den Bau neuer Fabriken rund 210 Millionen (der Gesamtwert der beabsichtigten Neubauten, der sich auf mehrere Jahre verteilt, beträgt 620 Millionen Rubel) und für den Arbeiterwohnungsbau 100 Millionen Rubel vorgesehen. In erster Linie waren Erneuerungsarbeiten in der Metallindustrie, einschließlich der Elektrizitätsindustrie (für insgesamt 254 Millionen Rubel, davon 180 Millionen für die bestehenden Werke), sowie in der Brennstoffindustrie (178 Millionen bzw. 125 Millionen) in Aussicht genommen, das heißt also in jenen Industriezweigen, die sich mit der Herstellung von Produktionsmitteln befassen. Ein großer Teil der maschinellen Ausrüstung — für rund 95 Millionen Rubel gegenüber 43 Millionen im Vorjahre — sollte im Auslande eingekauft werden.

Die Finanzierung der industriellen Neuausrüstung

war vom Obersten Volkswirtschaftsrat in der Weise gedacht, daß von der Gesamtsumme von 90 Millionen die staatliche Industrie aus ihrem Amortisationsfonds und den Gewinnen 490 bis 500 Millionen Rubel aufbringen sollte; 80 bis 100 Millionen Rubel hoffte man in Form von ausländischen Krediten beim Einkauf der maschinellen Ausrüstungen zu erhalten; die restlichen 320 Millionen sollten aus Budgetmitteln (110 Millionen), der Wiederaufbauanleihe (163 Millionen) und als langfristiges Darlehen bei der Zentral-Kommunalbank (50 Millionen) beschafft werden. Nun stellen jene 500 Millionen, welche von der Industrie selbst aufgebracht werden sollen, nahezu die gesamten vorgesehenen Ueberweisungen in den Amortisationsfonds (130 Millionen) und Gewinne der Industrie (340 Millionen) im Wirtschaftsjahr 1925/26 dar. Ueberhaupt bedeutet der Wiederaufbauplan des Obersten Volkswirtschaftsrates eine überaus starke Beanspruchung der im Lande vorhandenen geringen Kapitalien für einen Zweig der Volkswirtschaft — die staatliche Großindustrie. Schon zu der Zeit, als man noch mit einer verhältnismäßig guten Ernte rechnete, war nicht nur die Frage berechtigt, ob ein solcher Plan an sich durchführbar ist, sondern auch, ob sich Rußland im gegenwärtigen Augenblick eine solche industrielle Expansionspolitik auf Kosten der anderen Zweige der Volkswirtschaft, vor allem der Landwirtschaft, leisten kann.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in bezug auf den Umfang der Ernte ja geklärt, und man hat eingesehen, daß die im Sommer aufgestellten allzu großzügigen Wirtschaftspläne, darunter auch der industrielle Wiederaufbauplan,

in dem beabsichtigten Umfange undurchführbar

sind. Man rechnet jetzt mit einem erheblich langsameren Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Einschränkungen des industriellen Wiederaufbauplans sollen vor allem darin bestehen, daß die Zahl der neuen Fabrikbauten reduziert wird (von 210 Millionen auf 150 Millionen Rubel); in zweiter Linie sollen die Mittel für diejenigen Industriezweige eingeschränkt werden, die nicht unmittelbar für den Markt arbeiten, sondern Produktionsmittel herstellen. Das Hauptaugenmerk soll auf eine „Rationalisierung", das heißt Erweiterung und Modernisierung der bestehenden Werke gelegt werden, die noch lange Jahre den Grundstock der russischen Industrie bilden werden. Naturgemäß wird im Zusammenhang mit diesen Einschränkungen auch das Programm für die Einfuhr von ausländischen Fabrikausrüstungen herabgesetzt werden müssen. Immerhin wird es sich bei diesen Auslandsbestellungen, für die russischerseits bekanntlich langfristige Kredite gefordert werden, um sehr bedeutende Objekte handeln. Inwieweit die Aufträge in Deutschland vergeben werden — es sind gegenwärtig Verhandlungen vor allem über Maschinenlieferungen deutscher Firmen nach Südrußland im Gange — wird hauptsächlich von der Kreditfrage abhängen.

Die Wirtschaft will sich selber helfen.

Köln, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht). In einer Versammlung der Industrie- und Handelskammer in Solingen machte Dr. Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, interessante Ausführungen über die Wirtschaftslage. Seiner Auffassung nach ist für die nächsten Monate noch mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Krise zu rechnen. Die Aussichten auf Besserung seien überhaupt so lange gering, als die europäische Wirtschaft noch nicht konsolidiert und die Währung in den romanischen Ländern noch nicht gefestigt sei. Die Lage erfordere von jedem, der in den Wirtschaftsprozeß verflochten ist, die größte Selbstbeschränkung und Sparsamkeit. Auf Hilfe des Staates könne und dürfe nicht gerechnet werden, die Wirtschaft müsse sich vielmehr selbst helfen. Die Aufgabe des Staates sei, ihr dabei keine Fesseln anzulegen, sondern noch vorhandene Hemmungen so schnell als möglich und restlos zu beseitigen.

* *

Es ist zu bedauern, daß sich Dr. Duisburg nicht näher über die von ihm erwähnten Fesseln ausgesprochen hat. Gemeinhin verstehen ja die deutschen Unternehmer in letzter Zeit unter diesen Fesseln Dinge wie Sozialbelastung usw. Für die Ueberwindung der Krise wäre es aber recht förderlich, wenn sich das deutsche Unternehmertum einmal von jenen Fesseln (auf dem Gebiete der Kartelle usw.) befreien würde, die es sich selbst geschaffen hat und die die Wirtschaftslage immer weiter verschlechtern.

Zinssatzermäßigungen bei Berliner Banken.

Auf Grund der Diskontermäßigung der Reichsbank haben die der sogenannten Stempelvereinigung angeschlossenen Berliner Bankfirmen beschlossen, den Zinssatz für täglich fällige Einlagen, der bisher 5 Prozent betrug, um 1 Prozent zu ermäßigen. Damit werden für täglich fällige Guthaben in provisionsfreier Rechnung 4 Prozent und für täglich fällige Guthaben in provisionspflichtiger Rechnung 4½ Prozent gezahlt. Ueber die Kreditzinsen für Geld mit einer Fälligkeit von 15 Tagen bis zu einem vollen Zeitmonat (bisheriger Satz 7 Prozent) ist bis jetzt noch nicht entschieden worden. Sehr wahrscheinlich werden sich die Geldinstitute in der Provinz der Vereinbarung der Berliner Stempelvereinigung anschließen.

Die Debetzinsen, die nach einer Vereinbarung, die größter Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung ist, immer 2 Prozent über dem amtlichen Diskont liegen, verringern sich automatisch von 11 auf 10 Prozent. Ueber eine weitere Ermäßigung ist bis jetzt noch nichts mitgeteilt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß zu dem neuen Debetsatz von 10 Prozent noch ein Provisionssatz kommt, der rund 3 bis 4 vom Hundert beträgt, so daß sich der Zinssatz für Bankleihgeld in Zukunft noch immer auf 13 bis 14 Prozent stellen wird. Das ist ein völlig unannehmbarer Satz. Weite Kreise haben erwartet, daß der Reichsbankpräsident im Zusammenhang mit der Ermäßigung des amtlichen Diskonts Garantien für eine Ermäßigung des privaten Banksatzes besaß. Das scheint nicht in dem Ausmaß, wie man gehofft hatte, der Fall gewesen zu sein. Der unbefriedigende Ausgang aber kann selbstverständlich nur unverzüglich die neue Aktion auslösen, um eine Erleichterung der privaten Banksätze zu erzwingen.

Giesches neuer Vertrag.

Das Ergebnis der neuen Verhandlungen über den Verkauf vom Besitz der Giesche-A.-G., über die kürzlich bereits Mitteilungen durch die Handelspresse gingen, wird nach zuverlässigen Informationen erst in einigen Wochen endgültig festgestellt werden. Der Staatskommissar steht auf dem Standpunkt, daß die Wahrung der öffentlichen Interessen in dem neuen Vertrag gesichert ist. Eine Nachprüfung dieser optimistischen Auffassung wird erst nach der Veröffentlichung des neuen Vertrages möglich sein.

Die Krise in der oberschlesischen Eisenindustrie.

Meldungen der letzten Wochen über die katastrophale Lage der oberschlesischen Metallindustrie haben die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit wieder auf oberschlesische Wirtschaft gelenkt. Bei der oberschlesischen Eisenindustrie handelt es sich in der Hauptsache um drei große Betriebe, um Oberbedarf, dessen Besitzverhältnisse nicht klar sind, um die Oberschlesische Eisenindustrie, die in der Majorität Karo und Hegenscheidt-Berlin gehört und um die Donnersmarckhütte, deren Aktien-Majorität jetzt in den Händen der Ballestremschen Verwaltung liegt.

Die schwierige Lage aller drei Werke beruht auf den verschiedensten Ursachen. Neben der Verschärfung durch den deutsch-polnischen Zollkrieg, der eine Absperrung gegen die oberschlesische, technisch und geographisch überlegene Konkurrenz brachte, sind eine ganze Reihe innerer Gründe für den verhältnismäßig [illegible]. Die [illegible] Organisation aller drei Unternehmungen haben die Industriellen durch eine großzügige Konzernbildung zu beseitigen versucht. Allerdings sind sie über den Versuch noch nicht hinausgekommen, da sie die Kosten der Fusionssteuer nicht gern zahlen. In Verbindung mit der schlechten inneren Organisation steht die in Deutschland allgemein noch aus der Inflationszeit überkommene Uebersättigung der Betriebe mit höheren Angestellten. Eine allerdings bisher unbewiesene Behauptung geht dahin, daß allein in Obereisen 9 Direktoren und nicht weniger als 43 Prokuristen angestellt sind. Bei dem letztgenannten Werk kommt noch hinzu, daß außerdem nicht unbeträchtliche Betriebsmittel nach Breslau an den zur gleichen Interessentengruppe gehörigen Linke-Hofmann-Lauchhammer-Konzern abgeführt werden müssen. Angesichts dieser Konzernverbindungen läßt sich auch das Schicksal der den oberschlesischen Werken bisher gewährten Staatskredite in Höhe von 43 Millionen Goldmark nicht mit Sicherheit voraussagen. Der größere Teil der Kredite entfällt auf Oberbedarf und Obereisen. Die Verwendung der Summen ist jedoch nicht festzustellen, zumal seit Stellung der Kredite größere Reorganisationen der technischen Betriebe nicht stattgefunden haben.

Die Frage nach dem Ausweg aus der augenblicklichen Krise ist nicht leicht zu beantworten. Es steht außer Zweifel, daß bei einer eventuellen Stillegung einzelner Betriebe städtische Verwaltungen — es handelt sich hauptsächlich um Gleiwitz und um Hindenburg — alles tun würden, um die Betriebe notfalls mit staatlicher Unterstützung in Gang zu halten. Würde doch nicht nur die eventuelle Steigerung der Erwerbslosigkeit, sondern auch der Ausfall an bereits gestundeten und noch fälligen Steuern die städtischen Verwaltungen außerordentlich belasten. Leider besteht über die Absichten der einzelnen Direktionen nicht genügend Klarheit. Während die ersten Meldungen eine umfangreiche Stillegung bereits als sicher erscheinen lassen, wurde sofort nach deren Bekanntwerden — vielleicht unter Einwirkung staatlicher Stellen — die Absicht der Stillegung dementiert. Die Lage ist noch immer nicht so, daß die Verwaltungen aus eigener Kraft aus den Schwierigkeiten herauskommen können, falls sie alle geeigneten Mittel wirklich anwenden wollen. Den starken Hemmungen — der schlechten Verkehrslage — will nach den letzten Mitteilungen ein gewisses Entgegenkommen der Reichsbahnverwaltung mehr als bisher Rechnung tragen.

Der zuerst von Zentrumsseite gekommene Vorschlag, im Notfalle nach Schaffung der juristischen Grundlagen die Betriebe durch eine geeignete staatliche Unternehmung die Preußag in Gang zu halten, verdient Beachtung. Die Preußag verwaltet in Oberschlesien bisher an Kohlengruben die Königin-Luisengrube, die Guidogrube und die Delbrückschächte, außerdem die Gleiwitzer Hütte und das Malapaner Hüttenwerk. Bei der geplanten Umstellung der Preußag wäre der Erwerb von typischen Eisenwerken, wie es die drei in Gefahr befindlichen Betriebe sind, für die Preußag jene Abrundung des Gesamtbetriebes nicht unerwünscht.

Die besondere Lage Oberschlesiens macht es notwendig, auch die politische Seite der Frage zu erwägen. Eine ungeheure Steigerung der Erwerbslosigkeit, die durch die Stillegungsaktion zweifelsohne kommen würde, müßte naturgemäß gerade im zweisprachigen Industrierevier die sozialen und nationalen Gegensätze verschärfen. Von Ostoberschlesien aus wird die Entwickelung Deutsch-Oberschlesiens genau beobachtet. Die mit einer Stillegung verbundene starke Beunruhigung weiter Volksschichten wäre für die außerordentlich geschickt arbeitende polnische Propaganda Wasser auf die Mühle. Es wäre daher unverantwortlich von den deutsch-oberschlesischen Industriellen, wenn sie ohne zwingende Gründe zur Stillegung schreiten. Wenn das aber trotzdem geschieht, ist ein schnelles Eingreifen der preußischen Behörden auch aus staatspolitischen Gründen notwendig.

Die Amerikaner als Sparer.

23 Milliarden Dollars, von denen nahezu 2 Milliarden im letzten Jahre neu hinzugekommen sind, stellen das Sparkonto des amerikanischen Volkes dar. Die der American Bankers Association zu verdankenden Aufstellungen, die die Spareinlagen aller Art in den Banken und Kreditanstalten am 30. Juni 1925 umfassen, ergaben pro Kopf der Bevölkerung eine Sparsumme von 204 Dollars, das heißt 15 Dollars mehr als im Vorjahre. Die Gesamtsumme von 23 134 050 000 Dollars verteilt sich auf die 43 850 127 Sparkonten, das heißt 2½ Millionen mehr als im Vorjahre.

Steigerung der Welteisen- und Stahlproduktion im Jahre 1925.

Nach Angaben ausländischer Blätter ist die Welteisenproduktion im Jahre 1925 nach vorläufigen Berechnungen gegenüber dem Vorjahre um 8 190 000 Tonnen gestiegen. Sie betrug 75 184 000 Tonnen (1924: 66 994 000 Tonnen und 1913: 77 182 000 Tonnen). Davon entfallen 47 Prozent = 36 Millionen Tonnen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika (1924: 31 077 000 Tonnen und 1913: 30 653 000 Tonnen). Die Weltstahlproduktion betrug ebenfalls nach ungefähren Berechnungen 88 764 000 Tonnen (1924: 77 319 000 Tonnen und 1913: 75 019 000 Tonnen). Sie hat demnach die Erzeugung des Jahres 1924 um 11 445 000 Tonnen und die des Jahres 1913 um 13 745 000 Tonnen übertroffen. An erster Stelle steht ebenfalls Amerika mit einer anteiligen Produktionsziffer von 45 200 000 Tonnen = 51 Prozent der Welterzeugung (1924: 37 932 000 Tonnen und 1913: 31 301 000 Tonnen).

Die Standard Oil in Südamerika.

Der Standard Oil-Konzern sucht neuerdings mit großer Energie in den noch unerschlossenen südamerikanischen Oelgebieten Fuß zu fassen, wobei es ihm vor allem in Venezuela, dem aussichtsreichsten Gebiet, sehr schwer fällt, dem englischen Royal Dutch-Shell-Konzern Boden abzugewinnen. Diese Tendenz, seinen Wirkungskreis auf Südamerika auszudehnen, wird in Zusammenhang gebracht mit den Meldungen, die von einer drohenden Erschöpfung der nordamerikanischen und mexikanischen Oelvorkommen wissen wollen. Im Westen des umstrittenen venezuelischen Oelgebiets arbeitet die British Controlled Oilfields Ltd., welche dort eine wöchentliche Produktion von 42 000 Barrels aufweist, die von der Venezuel Central Area Oilfields ausgebeutet wird, an der die British Controlled mit 47 Prozent interessiert ist. Diese hat nun mit der Standard Oil Co. of New Jersey einen Vertrag geschlossen, wonach zwecks Ausbeutung des östlichen Oelgebiets eine neue American British Oil Co. gegründet wird (5 Millionen Dollar Kapital). Von der Produktion dieser neuen Gesellschaft hat sich die Standard Oil einen erheblichen Anteil gesichert. Ein Teil des Konzessionsgebietes wird sogar von der Standard Oil selbst ausgebeutet. Die Transaktionen bedeuten einen nicht unerheblichen Erfolg für die Amerikaner.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 13. Januar.

1 Pfund Sterling	20,372	100 frz. Francs	15,69
1 Dollar	4,195	100 tsch. Kronen	12,417
100 holl. Gulden	168,64	100 Schweizer Francs	81,035
100 belg. Francs	19,045	100 Peseten	[illegible]
100 norw. Kronen	85,44	100 schwed. Kronen	112,84
100 Danzig. Gulden	80,76	100 000 ung. Kronen	5,87
100 Lire	16,92	100 östr. Schilling	59,00
100 dän. Kronen	104,37	100 Zloty	58,15

Vollversammlung der Vertrauensleute der Gewerkschaften und der Betriebsräte.

Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses mit der Tagesordnung: **Berufswahl und Berufseignung.**

Lichtbildervortrag von Dr. Rose, Leiter des städtischen Berufsamtes.

Zutrittsberechtigt sind nur die Betriebsräte und die Vertrauensleute der Gewerkschaften. — Als Ausweis gelten das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft und die Funktionärkarte.

Ohne Ausweis kein Zutritt!

Der Vorstand des Ortsausschusses.